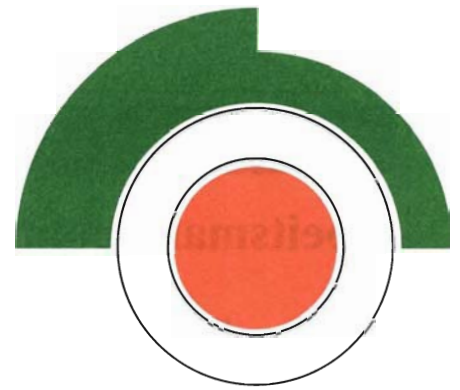


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 22



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 21.12.1999

WORT UND WIDERWORT

Ist die Arbeitsmarktpolitik in NRW schlechter als in anderen Ländern?

Eine wissenschaftliche Untersuchung lasse keinen Zweifel, dass die südlichen Länder die rote Laterne der Arbeitsmarktpolitik innehätten. NRW sei dagegen hinsichtlich seiner arbeitsmarktpolitischen Innovationskraft führend. Hierfür bürge das in NRW umgesetzte 3-Säulen-Modell, das die präventiv ausgerichtete Unterstützung betrieblicher Modernisierungsprozesse ebenso vorsehe wie die Flankierung des Strukturwandels und die Wiedereingliederung besonderer Zielgruppen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Horst Vöge**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** bekräftigt, die Arbeitsmarktdaten für den Monat November belegten, dass die Arbeitslosenquote in NRW unverändert schlecht sei. Mit einem Wirtschaftswachstum von nur 0,1 Prozent im ersten Halbjahr 1999 liege NRW abgeschlagen auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Vergleiche man darüber hinaus NRW mit Bayern und Baden-Württemberg, zeige sich, wie schlecht die Arbeitsmarktpolitik dieser rot-grünen Landesregierung wirklich sei. Der GRÜNE-Abgeordnete **Daniel Kreutz** betont, traditionell habe die Arbeitsmarktpolitik des Landes NRW in der bundesweiten Fachöffentlichkeit einen guten Ruf. Verweise auf die im Vergleich zu manch anderen Ländern höheren Quoten für Kurz- und Langzeiterwerbslosigkeit gingen hier fehl. Sie seien kein Indiz für Mängel der Arbeitsmarktpolitik des Landes, sondern gingen wesentlich auf die erhebliche Konzentration von Industriezweigen im Land zurück, in denen massiver struktureller Arbeitsplatzabbau stattfindet. (Seite 2)

Plenum beschließt vierten Untersuchungsausschuss

Klarheit über Flüge mit der WestLB

Der Landtag hat einen vierten Untersuchungsausschuss (PUA IV) eingerichtet und Dr. Rolf Hahn (CDU) zu seinem Vorsitzenden gewählt. Stellvertreterin wurde Brigitte Speth (SPD).

PUA IV hat den Auftrag, „alle Vorgänge und Umstände aufzuklären, die Flüge betreffen, die mit Mitgliedern der Landesregierung oder Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen mit der Charterfluggesellschaft PJC, eigenen Flugzeugen der WestLB oder sonstigen von der WestLB gecharterten Flugzeugen ab der 10. Wahlperiode durchgeführt wurden“. Ein CDU-Änderungsantrag auf Erweiterung wurde abgelehnt. Edgar Moron (SPD) erklärte, der PUA IV durchkreuze die CDU-Strategie, „tröpfchenweise“ immer neue „Verdächtigungen, Vermutungen und Unterstellungen“ zu streuen.

Michael Breuer (CDU) wollte auch geklärt wissen: Wer habe der Bank den Tipp mit der bevorstehenden Steuerfahndung gegeben, wie hätten Regierungsmitglieder im Investors Club zu ihrer Vermögensbildung beigetragen und wieso das WFA-Vermögen „sang- und klanglos“ eingegliedert werden konnte.

Für Roland Appel (GRÜNE) soll der PUA im „Wirrarr dieses Politkrimis“ der Wahrheit so nah wie möglich kommen. Die CDU solle auf-

hören, den Bundespräsidenten in die Sache einzuziehen, um vom Beitrag des Altbundeskanzlers zur „organisierten Regierungskriminalität abzulenken“.

Die Woche im Landtag

Etatberatung

Das Landesparlament hat in zweiter und dritter Lesung das Haushaltsgesetz 2000 beraten und verabschiedet. (Seiten 3 und 9)

Krankenhilfe

Für gesetzlichen Anspruch auf Hilfe und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke sorgte der Landtag. (Seite 5)

Bodenschutz

Die Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in NRW macht Ernst mit vor- und nachsorgendem Bodenschutz. (Seite 7)

Forstnovelle

Eine Forstnovelle verschärft die Bestimmungen für Kahlhiebs und regelt die Naturverjüngung. (Seite 8)

Fußballglück

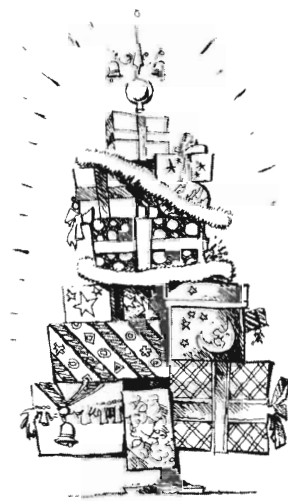
Dem FC Landtag lachte in der Saison '99 das Fußballglück. Siebenmal gewannen die Parlamentskicker ihr Spiel. (Seite 15)

Arbeitsprogramm

Der Landtag hat im letzten parlamentarischen Jahr vor der Jahrtausendwende ein umfangreiches Arbeitsprogramm absolviert. (Seite 16)



Metamorphose



Zeichnung: Skott (Kölner Stadtanzeiger)

WORT UND WIDERWORT

Arbeitsmarktpolitik in NRW erfasst auch schwierige Zielgruppen

Von
Horst Vöge

Die wichtigsten Kennzeichen einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik sind Marktnähe, ein präventiver Ansatz, eine effiziente Koordination sowie eine konsequente Zielgruppenorientierung. Eine von der Wissenschaft mit diesen Beurteilungsfaktoren durchgeführte Analyse zeigt, dass unter den deutschen Ländern grundsätzlich zwei Strategien unterscheidbar sind. Während die einen sich für die strukturelle Ausrichtung ihrer Arbeitsmarktpolitik, die intensive Koordination der maßgeblichen arbeitsmarktpolitischen Akteure und vergleichsweise hohe Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik entscheiden, wird das Handeln der anderen durch das Fehlen einer strukturellen Komponente, eine eher unzusammenhängende Problem- und Randgruppenförderung sowie eine äußerst zurückhaltende Finanzierungsbereitschaft bestimmt.

Die Zuordnung der Länder auf die beiden Strategien ergibt, dass der ersten Strategie die neuen Länder sowie insbesondere Nordrhein-Westfalen folgen, während sich die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen die zweite Strategie zu eigen machen. Die Untersuchung lässt keinen Zweifel, dass die südlichen

SPD: Arbeitsmarktpolitik in NRW ist marktnah und beispielgebend

Länder die rote Laterne der Arbeitsmarktpolitik innehaben. NRW ist dahingegen hinsichtlich seiner arbeitsmarktpolitischen Innovationskraft führend. Hierfür bürgt das in NRW umgesetzte 3-Säulen-Modell, das die präventiv ausgerichtete Unterstützung betrieblicher Modernisierungsprozesse ebenso vorsieht wie die Finanzierung des Strukturwandels und die gezielte Wiedereingliederung besonderer Zielgruppen.

Beispielgebend für ein erfolgreiches Netzwerk sind die im Rahmen des Landesprogramms „Jugend in Arbeit“ gebildeten „runden Tische“. Nicht zuletzt die hier mögliche enge Kooperation zwischen Kammern, Gewerkschaften, Trägern und Arbeitsverwaltung ist der Garant dafür, dass trotz der schwierigen Zielgruppe von 10 000 langzeitarbeitslosen Jugendlichen rd. 35 Prozent bereits in Arbeit vermittelt worden sind. Auch für die vergleichbar problematische Zielgruppe der langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger konnten durch das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ Übergangsquoten in den ersten Arbeitsmarkt von 20 bis 30 Prozent erzielt werden, indem durch die konsequente Integration betrieblicher Programmphasen eine besondere Marktnähe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewährleistet wird.

Vielen Ländern zum Beispiel dienen schließlich auch die nordrhein-westfälischen Konzepte EU-finanzierter Arbeitsmarktpolitik. Mit einer problemgerechten und zielgruppenspezifischen Programmumsetzung werden hier Wiedereingliederungsquoten von rd. 70 Prozent erreicht. In NRW stellt deshalb jede für Arbeitsmarktpolitik ausgegebene Mark eine sinnvolle Investition in die Zukunft unseres Landes dar.

Von
Hermann-Josef Arentz

Die Arbeitsmarktdaten für den Monat November belegen, dass die Arbeitslosenquote in NRW gegenüber dem Vormonat unverändert schlecht ist. Die Landesregierung hat dies zum Anlass genommen, ihre Arbeitsmarktpolitik erneut zu rühmen. Hierzu aber besteht keine Ursache. Für eine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt gibt es keinen Grund. Alle aktuellen Wirtschaftsdaten sprechen in NRW dafür, dass ein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit nicht in Sicht ist.

Mit einem Wirtschaftswachstum von nur 0,1 Prozent im ersten Halbjahr 1999 liegt NRW abgeschlagen auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Auch bei den Gewerbeanmeldungen ist keine Trendwende in Sicht. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den

CDU: Landesregierung versagt auf der ganzen Linie

ersten sechs Monaten dieses Jahres um 4,6 Prozent zurückgegangen und die Zahl der Gewerbeanmeldungen um neun Prozent gestiegen. Von einer Gründungswelle, die über NRW schwappt und die zu einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt beitragen könnte, kann also keine Rede sein.

Auch bei einem Vergleich der Arbeitslosenquoten in den westlichen Bundesländern zeigt sich, dass die Lage in NRW besonders dramatisch ist. Mit ca. 10 Prozent ist die Arbeitslosigkeit in NRW wesentlich höher als im Durchschnitt der alten Länder (8,3 Prozent). Darüber hinaus ist in NRW mit 41 Prozent der höchste Anteil aller Langzeitarbeitslosen zu beklagen. Die Erwerbsquote ist mit 44 Prozent die niedrigste nach dem Saarland. Und selbst die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 11 Prozent rund ein Fünftel höher als im Durchschnitt Westdeutschlands. Vergleicht man darüber hinaus NRW mit Bayern (5,8 Prozent) und Baden-Württemberg (6,0 Prozent) zeigt sich, wie schlecht die Arbeitsmarktpolitik dieser rot-grünen Landesregierung wirklich ist. Sie hält den Vergleich mit den anderen großen Bundesländern nicht stand.

Von
Daniel Kreutz

Traditionell hat die Arbeitsmarktpolitik des Landes NRW in der bundesweiten Fachöffentlichkeit einen guten Ruf. Manche der hierzulande konzipierten Landesprogramme sowie Strukturen hatten seinerzeit innovativen und beispielgebenden Charakter. Vor diesem Hintergrund muss die in der Fragestellung ausgedrückte Vermutung, die hiesige Arbeitsmarktpolitik schneide möglicherweise im Ländervergleich schlecht ab, verwundern.

Verweise auf die im Vergleich zu manchen anderen Ländern höheren Quoten der Kurz- und Langzeiterwerbslosigkeit in NRW gehen hier fehl. Sie sind kein Indiz für Mängel der Arbeitsmarktpolitik des Landes, sondern gehen wesentlich auf die erhebliche Konzentration von Industriezweigen im Land zurück, in denen massiver struktureller Arbeitsplatzabbau stattfindet. Ohnehin wird die arbeitsmarktpolitische Entwicklung in den Ländern maßgeblich von Entscheidungen der Einzelarbeitgeber, des Bundes,

GRÜNE: Arbeitsmarktpolitik des Landes hat guten Ruf

der EU sowie der Tarifparteien geprägt. Landespolitik hat hier wichtige ergänzende und impulsgebende, gleichwohl aber in der Reichweite deutlich begrenzte Aufgaben und Möglichkeiten.

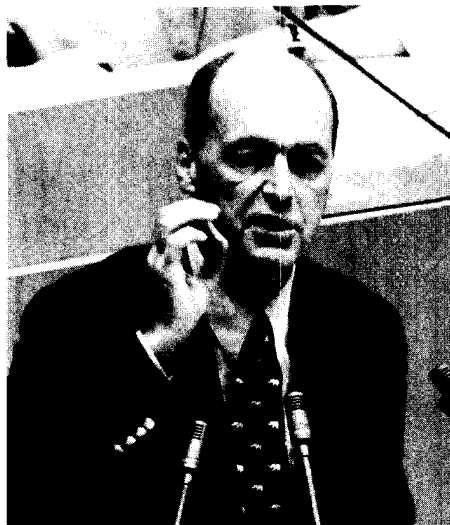
Solche Feststellungen berechtigen nicht zu dem Schluss, dass in der NRW-Arbeitsmarktpolitik alles zum Besten stünde. In den letzten Jahren mehren sich Belege dafür, dass sie sozialpolitischer Verantwortung entfremdet und umorientiert wird zur „Dienstleistung für Arbeitgeber“, zum verlängerten Arm einer einzelwirtschaftlich ausgerichteten, „angebotsorientierten“ Wirtschaftspolitik. Kehrseite einer verstärkten „Vermittlungsorientierung“ ist die Vergrößerung von Ausschlussrisiken bei denjenigen, die der Unterstützung der Solidargemeinschaft am meisten bedürften. Im Zeichen der neoliberalen Ideologie des „aktivierenden Sozialstaats“ und der „zweiten Chance“ zielt der „Innovationstrend“ auf verschärfte Pflichtarbeit für sozial marginalisierte und die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung. Die Konsensstrategie mit den Arbeitgeberorganisationen stärkt die Einflussnahme derer, deren shareholder value-Kapitalismus die Arbeitsmarktkrise eher vertieft, während betroffenenorientierte Fachkompetenz an Bedeutung verliert. Auch diese Entwicklungen sind jedoch weniger NRW-spezifisch, als vielmehr Teil eines nicht nur in Deutschland dominierenden Kurses sogenannter Modernisierung.

Landtag verabschiedete in dritter Lesung letzten Haushalt der Legislaturperiode

Über Erfolg der Wirtschaftspolitik gingen Meinungen weit auseinander

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 17. Dezember mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN den Landeshaushalt für das Jahr 2000 verabschiedet. Der Etat des kommenden ersten Jahres im neuen Jahrtausend beläuft sich auf 93,4 Milliarden Mark. Das sind 1,9 Prozent mehr als 1999. Die CDU-Opposition lehnte den letzten Haushalt der laufenden Legislaturperiode ab. CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer hielt der Landesregierung vor, sie habe auf nahezu allen wichtigen Politikfeldern versagt. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer sowie Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) zogen dagegen eine positive Bilanz und sahen das Land Nordrhein-Westfalen ganz vorne. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Sylvia Löhrmann, nahm für ihre Partei in Anspruch, die ökologische Wende in NRW eingeleitet zu haben.

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, stellte am Ende der Legislaturperiode beim letzten Haushaltsplan fest, die von der SPD geführte rot-grüne Landesregierung habe es nicht geschafft und nicht gekonnt. Die Landesregierung habe auf nahezu allen wichtigen Politikfeldern versagt. Meyer griff auf eine Bilanz zurück, die das Wirtschaftsministerium selbst dieses Jahr vorgelegt habe. In dieser schonungslosen Analyse werde festgestellt: Die Schere zwischen NRW und den übrigen alten Ländern habe sich beim Wirtschaftswachstum seit 1996 weiter geöffnet. Die Zuwächse der realen Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe seien in NRW seit 1996 merklich negativer als in den übrigen Bundesländern verlaufen. Im Dienstleistungssektor habe zwar die Bruttowertschöpfung in NRW zwischen 1985 und 1998 um real 48 Prozent zugenommen; im selben Zeitraum sei sie aber in Westdeutschland um satte 57 Prozent gestiegen. Von 1990 bis 1998 seien die Exporte in NRW um nur 19 Prozent gestiegen, während der Zuwachs in Deutschland insgesamt 48 Prozent betragen habe. Der Fraktionschef zitierte den Westdeutschen Handwerkskammertag, wonach es dem Land „an einer Aufbruchstimmung, an mehr Mut, eigenverantwortlich den Strukturwandel anzunehmen“ fehle. „Sie belohnen nicht Eigeninitiative. Sie schaffen kein Wirtschaftsklima, das für Investitionen geeignet ist“, hielt Meyer der Koalition vor. Das sei auch der Kern des Projekts HDO. „Sie haben sich auf teure Prestigeobjekte konzentriert – Sie nennen das ‚Leuchttürme‘ – und vernachlässigen darüber die kleinen und mittleren Betriebe.“ Die CDU ziehe daraus die Konsequenz. Man brauche eine echte Stärkung des Mittelstandes. Man brauche eine schlanke Verwaltung. Man brauche eine funktionierende Infrastruktur, und man brauche eine Konzentration von finanzieller Förderung auf kleine Unternehmen. Er erinnerte daran, dass die SPD den Wirtschaftsetat seit 1997 um 18,3 und bei



Fragen der Wirtschaftspolitik im Vordergrund: v. l. Laurenz Meyer (CDU) und Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD).
Fotos: Schälte



den Mittelstandspositionen sogar um 37,9 Prozent gekürzt habe. Zur Infrastruktur gehörten auch solche wichtigen Punkte wie Hochschulen. Die Grundbotschaft der CDU sei, das Ganze von den Menschen her zu sehen. Was passiere in der Infrastruktur mit dem Gesundheitssystem. Frage man sich nicht, was die Menschen insbesondere in ländlichen Räumen sagen sollten, wenn es darum gehe, dass sie in Zukunft bei der Politik von Rot-Grün keine ausreichende Krankenhausversorgung mehr hätten? Meyer beklagte ferner die autofeindliche Politik. Er richtete im Zusammenhang mit dem Thema Verkehr die „ernsthafte Bitte“ an die Landesregierung um Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfraktion, die den Ministerpräsidenten dringend darum bitte, „bezüglich der Durchführung des Zukunftsprojektes Transrapid ernsthaft mit uns in gemeinsame Beratungen einzusteigen, ob das Land wegen der vielen damit verbundenen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht mit einer Landesbürgerschaft bereitstehen sollte, um dieses Projekt möglich zu machen“.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, der Haushalt 2000 sei die konsequente Fortsetzung einer Politik, die sich an Arbeit und Ausbildung, an Bildung und sozialer Gerechtigkeit sowie an einer Verantwortung für die Umwelt und soliden Finanzen orientiere. „Unsere Arbeit für unser Land und die Menschen in Nordrhein-Westfalen orientiert sich an den realen Problemen und den Zukunftsaufgaben. Ich füge hinzu: Gemeinsam mit Wolfgang Clement haben wir mit großem Erfolg für diese Ziele gearbeitet, für die richtigen politischen Inhalte für unser Land gekämpft. Das werden wir auch weiterhin tun.“ Es sei seit langem ein Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in NRW, dass man den Prozess eines

innovativen Strukturwandels sozial begleite. „Dafür steht Wolfgang Clement“, betonte Dammeyer. Clement habe messbare und auf dem Arbeitsmarkt spürbare Erfolge in der Modernisierung des Landes bewirkt. Dieser Haushalt sei der letzte in der laufenden Legislaturperiode. Der Fraktionschef erinnerte daran, dass sie damit begonnen habe, dass Ministerpräsident Johannes Rau nach den Wahlergebnissen die Tradition fortgesetzt habe, auch in dieser Legislaturperiode den Strukturwandel planvoll fortzuschreiben. „Wir haben das über viele Jahre hinweg geschafft. Wir sind die Fachleute für den sozialverträglichen Strukturwandel.“ Im Gegensatz zur CDU sei man stolz auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. 20 der 40 umsatzstärksten deutschen Unternehmen hätten ihren Hauptsitz in NRW. 680 000 kleine und mittlere Unternehmen beschäftigten ein Viertel der Erwerbstätigen. Man wolle diese Quote gewaltig steigern. Mit der Gründerinitiative „Go!“ sei der Unternehmensbestand von 1996 bis 1998 um 80 304 Unternehmen gewachsen. Von 1970 bis 1998 sei der Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung in NRW von 42,3 auf 66 Prozent gestiegen. Im Bundesgebiet sei er bei seinem Anteil von 62 Prozent geblieben. „Das ist eine glasklare Bilanz, die unser Ministerpräsident aufmachen kann“, sagte Dammeyer. Die Modernisierung lasse sich auch an einem anderen Beispiel zeigen: NRW sei heute der europäische Standort für Medien. In der NRW-Medien- und Kommunikationswirtschaft arbeiteten mittlerweile schon über 200 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, dreimal so viel wie im Bergbau, fünfmal so viel wie in der Stahlindustrie. Der wirtschaftspolitische Schwerpunkt, den man in den Landeshaushalten der letzten Jahre gesetzt habe, trage offenbar reiche Früchte. Mit einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 826,9 Milliarden Mark liege Nordrhein-Westfalen an der Spitze der deutschen Länder. Zur Schulpolitik erklärte der Fraktionsvorsitzende, mit dem Nachtragshaushalt 1999 habe man 600 Stellen für den Vertretungspool für die Grundschulen, eine Erhöhung der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht auf 200 Millionen DM und 430 zusätzliche Stellen

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2000.

für die Entlastung der Schulleitungen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall fest vorgesehen. Auf SPD-Antrag würden am 1. Februar 2000, also in einem Monat, 1000 zusätzliche Lehrer auch in den Bereichen der Sekundarstufen I und II eingestellt.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin, zog eine Erfolgsbilanz von fünf Jahren rot-grüner Regierung in NRW und handelte nahezu alle Felder der Landes- und einige der Bundespolitik ab. Sie warf Meyer vor, als Oppositionsredner nicht zu differenzieren. Anfangs habe die SPD an einen Betriebsunfall geglaubt und auf Konfrontation gesetzt. Jetzt habe sich bei ihr ein Sinneswandel durchgesetzt. Die GRÜNEN hätten auch gelernt und seien stolz darauf, die Partei zu sein, die gesellschaftliche Konflikte öffentlich diskutiere. Ziel bleibe, den soliden Beitrag der Reichen an der Konsolidierung der Staatsfinanzen, an der ökologischen Umgestaltung und der sozialen Sicherung einzufordern. Bei der wirtschaftspolitischen Gestaltung legten die GRÜNEN Wert auf gleichberechtigte Teilhabe der Frauen. Kleine und mittlere Betriebe hätten sie deutlich aufgewertet, weil sie mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafften und für Existenzgründerinnen mehr Förderung durchgesetzt. Die Duisburger Effizienzagentur sei der Umweltministerin zu verdanken. Der grüne Bauminister setze nachhaltiges Wirtschaften erfolgreich um. Nicht nur Photovoltaik, sondern auch Solarthermie, Wind-, Wasser- und Biomasseanlagen würden gefördert. Mit jährlich über 50 Millionen Mark sei es eines der größten Breitenförderprogramme in Deutschland. Bei Wirkkraft sei NRW Nummer eins unter den Binnenländern. Durch Landesförderung seien 32 soziale Wirtschaftsbetriebe mit 284 Arbeitsplätzen gegründet worden, die sich gut im Markt behaupten könnten. Alte Trampelpfade der Abfallpolitik wie die Müllverbrennung würden verlassen. Ressourceneffizienz zähle zu den größten Erfolgen. Beispiellos sei auch die nachhaltige Wasserwirtschaft. 25 Prozent mehr Mittel gebe es für Naturschutz. Ein Investitionspro-



Perspektiven für das Land. v. l. Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).

Fotos: Schälte

gramm Arbeit und Umwelt von 13 Milliarden Mark habe kein anderes Land. Über den politischen Rückenwind aus Berlin sei sie erfreut. Die CDU sei schwach und scheinheilig, wenn sie sich bei der Ökosteuer zum Kumpel der Kumpels mache. In der Verkehrspolitik hätten die GRÜNEN eine Trendwende für Bus und Bahn eingeleitet. Viel Geld sei wichtig, aber auch gute Ideen seien unbezahlbar. Nach der Aufzählung von Erfolgen der Schul- und Bildungspolitik erwähnte die Rednerin den Täter-Opfer-Ausgleich als vorbildlichen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und fuhr mit einer positiven Bilanz der Frauen- und Entwicklungspolitik fort. Die Verquickung von WestLB und Landesregierung sei dringend aufklärungsbedürftig.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hielt die CDU-Ansprüche an den Jahrhunderthaushalt für ziemlich kleine Münze. Ein überzeugendes Konzept für die Zukunft erkenne er nicht, sondern vielmehr Affären als Spezialität. Oppositionssprecher

Meyer sei eine Herausforderung für die politische Kultur im Land. Clement bat, den Bundespräsidenten aus der Flugaffäre herauszuhalten, da er die WestLB-Charter nur zu dienstlichen Zwecken benutzt habe. Clement verlas einen Brief des Geschäftsführers des Investment Club 72, wonach dieser Club eine ganz normale private Anspargesellschaft auf rechtlicher Grundlage mit Gebühren und Vermögensverwaltung sei. Er äußerte volles Vertrauen in die Aufklärung der Flugaffäre durch den Landtag. Der Haushalt 2000 werde der großen Verantwortung gerecht. Sozialdemokraten hätten aus NRW gemeinsam mit Bürgern, Unternehmen und Institutionen ein starkes, gerechtes und ökologisch orientiertes Land gemacht. Deutschland sei aus NRW-Substanz bei Kohle, Stahl und Chemie aufgebaut worden, NRW habe den tiefgreifenden Strukturwandel zu bewältigen. Der Zukunft könnten die Menschen mit Zuversicht entgegensehen. Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent in den nächsten zwei Jahren sei zu erwarten. Vorboten würden bereits am Arbeitsmarkt sichtbar. Jugendarbeitslosigkeit sei von 11,3 auf 9,7 Prozent gesunken, jugendliche Langzeitarbeitslosigkeit um 40 Prozent. Die Ausbildungsplatzgarantie gelte weiter. Auf den Beschäftigungseffekt bei Neugründungen sei er stolz. Zur Investitionsquote gehöre auch Wirtschaftsförderung durch Kredite und Gründungsprämien. Für den Preis der Union mittelständischer Unternehmen sei kein CDU-Politiker als würdig angesehen worden. Der CDU sei die Mittelstandspolitik abhanden gekommen. An Bildung und Qualifikation werde auch im Haushalt 2000 nicht gespart. Wissen sei die Lebensversicherung der Menschen. NRW sei stolz auf die vielfältigste Schullandschaft. 94 Prozent erreichten einen Schulabschluss. Die Aufklärungsquote bei Kriminalität sei so hoch wie nie. Den Ordnungspartnerschaften sei zu danken. NRW sei das Zentrum im Westen Europas und wolle zu einem starken Motor europäischer Partnerschaft werden. Die neue Bundesregierung habe wichtigste Reformprojekte auf den Weg gebracht. Die Lohnnebenkosten müssten unter Kontrolle kommen und die Unternehmenssteuerreform vollendet werden, die kleine und mittlere Betriebe fördere. Für das Jahr 2000 wünsche er sich Fairness und Solidarität des Handelns aller Träger von Verantwortung.



Der Vorsitzende der Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“, der SPD-Landtagsabgeordnete Professor Dr. Friedhelm Farthmann, hat am vergangenen Donnerstag den Abschlussbericht der Kommission an Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose übergeben. Der Auftrag des Landtags an die Enquetekommission, Strategien zur Belebung des Arbeitsmarktes zu ermitteln, war am 7. Juli 1995 ergangen. Das Bild zeigt v. l. GRÜNE-Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann, SPD-Fraktionschef Professor Dr. Manfred Dammeyer, Professor Farthmann, Dr. Klose, Helga Giebelmann (SPD), den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Hermann-Josef Arentz und Brigitte Herrmann (GRÜNE).

Foto: Schälte

Hohe Hürden vor Zwangsunterbringung psychisch Erkrankter

Gesetzlicher Anspruch auf Hilfe und Schutz

Gisela Ley (SPD) erinnerte: Als NRW als erstes Bundesland 1969 sein polizeiliches Unterbringungsgesetz durch ein Gesetz über Hilfen und Schutz bei psychischen Krankheiten ersetzte, sei das eine gesetzgeberische Pionierleistung gewesen. Dem Beispiel seien alle gefolgt. Nun sei eine Novellierung erforderlich, bei der NRW das letzte Land sei. Der NRW-Gesetzgeber halte die Würde des Menschen für unantastbar und begreife heute psychisch Erkrankte als Hilfsbedürftige. Wissenschaftlich sei nachgewiesen, dass von ihnen keine besondere Gefahr ausgehe. Die Schwelle der Zwangsunterbringung werde erhöht. Zwischen dem Schutz des Einzelnen und Gefahr für bedeutende Rechtsgüter sei sorgfältig abzuwägen. Die Rechte der Betroffenen würden gestärkt. Vorsorgende Hilfe erstrecke sich auch auf Beratung. Bei Grundrechtseingriffen gebe es einen gestuften Ablauf. Die Behandlung während der Unterbringung sei an die Einwilligung der Betroffenen oder ihrer Vertreter gebunden. Nur bei Lebensgefahr sei sie gegen den Willen zulässig. Ärztliche Atteste sollten grundsätzlich von besonders ausgewiesenen Ärztinnen und Ärzten ausgestellt werden. Fachfremde Einweisungen solle es nicht mehr geben. Sichergestellt werde die Inanspruchnahme der Beschwerdestelle.

Rudolf Henke (CDU) bestätigte, die Landesregierung habe sich mit dieser Erneuerung 15 Jahre Zeit gelassen, allein für die Anpassung an das Betreuungsgesetz neun Jahre. Dann aber sei relativ plötzlich und unsachgemäß gewaltiger Zeitdruck entstanden durch die Vorgabe des Ministerpräsidenten, auch dieses Gesetz in die Verwaltungsstrukturreform zu packen. Die an sich gebotene Bestandsaufnahme der Versorgungswirklichkeit sei nicht vorausgegangen. Das Gesetz sei überstürzt verfasst worden. Die Ministerin könne nicht bestreiten, dass der Gesetzentwurf unfertig und nicht mit der gebotenen Sorgfalt vorbereitet gewesen sei. Nach dem Ablauf der Beratungen im Fachausschuss sehe er sich gründlich getäuscht. SPD und GRÜNE hätten sich in einem unmöglichen Verfahren über eine geordnete Diskussion hinweggesetzt. Am

Das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten („PsychKG“) verabschiedete der Landtag nach der 2. Lesung am 10. Dezember und der 3. Lesung am 17. Dezember in der vom Gesundheitsausschuss empfohlenen Fassung (Drs. 12/4063 und /4467, /4496). Nachstehend Bericht über die 2. Lesung.

Tag vor der abschließenden Beratung hätten sie 72 Änderungen und neue Absätze eingebracht. Eine Rückkoppelung zur Fachöffentlichkeit sei nicht mehr möglich gewesen. Das umfangreiche Änderungspaket sei auch nicht vorangekündigt worden. Dadurch machten sie sich völlig angreifbar und kopierten das Vorgehen bei der Berliner Gesundheitsreform. Die jetzt vom Ausschuss empfohlene Gesetzesfassung strotze nur so von Widersprüchen und Ungeheimheiten. Von der Vorgabe eines fachärztlichen Zeugnisses vor der Unterbringung sei die Realität weit entfernt. Bei Untersuchungen sei das plötzlich nicht mehr geboten, also bei einem Grundrechtseingriff ja, beim anderen nein. Deshalb beantrage die CDU eine 3. Lesung.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte, diese künstliche Aufgeregtheit entbehre jeder Grundlage und solle davon ablenken, dass die CDU inhaltlich nichts beizutragen habe. Mit fünf Änderungsanträgen habe sie nur der Mentalität konservativer ärztlicher Standesvertreter schmeicheln wollen. Sie sei eine Obstruktionsfraktion. Beim PsychKG habe die Meinungslandschaft der Sachverständigen viele Hügel, aber kaum Berge gehabt. Auch bei den Änderungen der Koalitionsfraktionen fänden große Sprünge nicht statt, dafür aber viel Feinsteuerung, die die Lebenswirklichkeit der Betroffenen positiv beeinflussen würden. Zwangsmaßnahmen sollten durch stärkere Prävention und Hilfe zurückgeführt, die Rechtsstellung der Patientinnen gestärkt und mehr Patientinnenorientierung durchgesetzt werden. Von der Änderung, das Ordnungsamt herauszunehmen, habe man Abstand nehmen müssen, um Zwangsmaßnahmen durch die unverzichtbaren Vertrauenspersonen zu vermeiden. Sachbeschädigung komme als Eingriffstatbestand nur sehr eingeschränkt in Frage. Die Grenze zwischen Hilfe und Zwang hätte er gern noch deutlicher gezogen. Aber die Zahl der Unterbringungen

hänge tatsächlich mehr von den Versorgungsstrukturen ab. Zwangsvorführung mache im Einzelfall die Zwangsunterbringung vermeidbar. Hauptamtliche Patientenfürsprache wäre wünschenswert gewesen. Auch auf die volle kommunale gemeindepsychiatrische Zuständigkeit habe man verzichten müssen.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) wunderte sich über die Einlassungen des CDU-Redners, die ihr wie Ablenkungsmanöver erschienen. Es habe keine Vorgaben des Ministerpräsidenten gegeben, das Gesetz im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung zu beraten. Aber das Psychotherapeutengesetz und das Heilberufsgesetz hätten abgewartet werden sollen. Sowohl die Anhörung der Landesregierung als auch die des Parlaments hätten zu einem guten Ergebnis geführt. Das Kernstück, die Stärkung der Patientenrechte und des Patientenschutzes, sei nicht verwässert worden. Der Umgang mit psychisch Erkrankten stehe oft in einem Spannungsfeld zwischen ihren Ansprüchen auf Selbstbestimmung und denen der Gesellschaft, diese einzuschränken, insbesondere bei Selbst- und Fremdgefährdung. Die Neufassung stelle eine stärkere Balance her. Die Änderungen bezögen sich auf Konkretisierung des Datenschutzes, auf Abgrenzung betreuungsrechtlicher und PsychKG-Unterbringung, auf Anpassung an die beiden erwähnten Gesetzesänderungen. Die Ministerin zählte sieben Ziele auf, die mit der Gesetzesänderung erreicht würden, und dankte allen Beteiligten.

Horst Vöge (SPD) warf dem CDU-Redner vor, nur über Verfahrensfragen diskutiert zu haben und erwähnte das Signal des „grundsätzlich“ fachärztlichen Zeugnisses, das von der Fachwelt wohl verstanden werde. Rücküberweisung in den Ausschuss lehne die SPD ab, weil die CDU nur minimalen Diskussionsbedarf habe erkennen lassen.



Auch die Würde psychisch kranker Menschen sei unantastbar, meinen die Gesundheitspolitiker aller Fraktionen und sorgen für gesetzlichen Anspruch auf Hilfe und Schutz, v. l. Gisela Ley (SPD), Rudolf Henke (CDU), der die kurzfristige Einbringung zahlreicher Änderungsvorschläge in der Schlussphase kritisierte, Daniel Kreutz (GRÜNE), Ministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

Datenschutz: Warnung vor dem „gläsernen Menschen“

Der Landtag hat am 10. Dezember in erster Lesung den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Datenschutzgesetzes NRW beraten und an den Ausschuss für Innere Verwaltung überwiesen. Eingbracht wurde dieser Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 12/4476) vom Innenminister des Landes.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD), stellte fest, dass die Umsetzung der europäischen Datenschutzrichtlinie vom Oktober 1995 der Anlass für den vorliegenden Gesetzentwurf zur Novellierung des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen sei. Die europäische Datenschutzrichtlinie stärke die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und schaffe ein weitgehend einheitliches Datenschutzniveau in den Mitgliedsstaaten der EU. In Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Datenschutzrichtlinie ergeben sich einige wichtige Verbesserungen des Datenschutzes für die Bürgerinnen und Bürger, so der Minister. Es werde ein so genanntes Widerspruchsrecht eingeführt, mit dem eine betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse gegenüber der Datenverarbeitung geltend machen kann. Zweitens werde eine Vorabkontrolle vor dem Einsatz eines automatisierten Verfahrens im Hinblick auf mögliche Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingeführt. Schließlich wird der behördliche Datenschutzbeauftragte obligatorisch. Die

Umsetzung der EU-Richtlinie sei genutzt worden, um das Datenschutzrecht insgesamt zu modernisieren und an die neue technische Entwicklung anzupassen. Die derzeitigen Regelungen, so der Minister, orientierten sich noch an der Rechnertechnologie der 70er- und 80er-Jahre und trügen daher den Gefahren, die sich aus der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik ergeben würden, nur sehr unzureichend Rechnung. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sehe daher Anpassungen an den heutigen technischen Standard vor. Die so genannte Chipkartenregelung regle, dass künftig entsprechende Systeme nur mit Einwilligung oder aufgrund einer Rechtsvorschrift eingesetzt werden dürften. Ferner werde eine neue Vorschrift über den Einsatz von Videoüberwachung in das Gesetz aufgenommen, die klarstelle, wann eine Videoüberwachung zulässig sei. Der Grundsatz der Datenvermeidung werde erstmalig in das Datenschutzgesetz aufgenommen. Die vermehrte Nutzung anonymisierter Daten gewinne somit an Bedeutung.

Jürgen Jentsch (SPD) betonte, dass die rasante Zunahme von Datenverarbeitungsvorgängen es notwendig mache, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angemessen zu schützen. Entsprechend der EU-Richtlinie werde die Novelle des Datenschutzgesetzes die Rechte der Betroffenen sowie die Transparenz der Datenverarbeitung verstärken. Der vorliegende Gesetzentwurf trage den neuen Entwicklungen im Bereich der Datenverarbeitung und der Datenentstehung Rechnung und behebe bestehende Rechtsunsicherheiten. Als einen besonders wichtigen Punkt hob der Abgeordnete die Regelung hervor, die festlegt,

unter welchen Voraussetzungen eine Videoüberwachung zulässig sei und unter welchen Voraussetzungen die entsprechenden Aufzeichnungen gespeichert und verwendet werden dürften.

Wilhelm Droste (CDU) äußerte im Namen seiner Fraktion, dass die Ausweitung und Konkretisierung des Datenschutzgesetzes die Balance wahren müsse zwischen dem grundgesetzlich verbürgten Recht des einzelnen Menschen auf informationelle Selbstbestimmung und der Notwendigkeit, in vielen Bereichen des Lebens Daten und Fakten zu bündeln, um eine hinreichende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und um Missständen vorzubeugen. Obwohl man den „gläsernen Menschen“ nicht wolle, würden immer mehr personenbezogene Daten gesammelt und weitergegeben. Daher müssten Schutzvorkehrungen entwickelt werden, die beidem — der Notwendigkeit der Erfassung von Daten und auch dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung — hinreichend gerecht würden. Der Abgeordnete begrüßte die neu in das Datenschutzgesetz aufgenommene Definition der Einwilligung betroffener Personen und das Einspruchsrecht, mit dem ein besonderes Interesse des einzelnen Bürgers gegen eine Datenverarbeitung geltend gemacht werden kann. Von besonderer Bedeutung, so Droste, sei es, dass die Entscheidungen hoheitlicher Gewalt niemals allein auf der automatischen Verarbeitung von Daten beruhen dürften, sondern, dass immer nur der Mensch über den Menschen entscheiden oder gar richten dürfe. Ebenso wichtig wie der Datenschutz im Inland sei im Zuge des Zusammenwachsens Europas die Harmonisierung des Datenschutzes im Austausch von Daten zwischen den Staaten. Ein noch weiterreichendes Anliegen sei der Datenschutz im Rahmen der Zusammenarbeit mit nicht EG-Ländern.

Roland Appel, GRÜNE-Fraktionssprecher, stellte fest, das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sei aus dem Prinzip der Menschenwürde und deren Unantastbarkeit abzuleiten. Seine Fraktion, so Appel, sehe im Gesetzentwurf der Landesregierung noch Nachbesserungsbedarf und werde sich daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass in Nordrhein-Westfalen das Konzept des „Datenschutzes aus einer Hand“ Anwendung finden werde. Es dürfe nicht zu Kompetenzaufteilungen zwischen verschiedenen staatlichen Stellen kommen. Nachbesserungsbedarf sah Appel auch für die Regelung der Kontrolle privater Sicherheitsunternehmen, deren Art und Umfang der Datenspeicherung, Datenweitergabe und Verwendung der Kontrolle nur auf Einzelbeschwerde zugänglich sei. Bei der zukünftigen Bereitstellung von PAY-TV oder „video on demand“ würden zahlreiche Personendaten anfallen und Neigungen und Interessen der Benutzer registriert werden. Diese Daten, von deren Erhebung die Menschen nichts merken, würden in der Zukunft ein erhöhtes Risiko für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen. Das Internet schaffe weitere Datenschutzrisiken, schon heute würden Laptops mit Internetzugang kostenlos angeboten, unter der Voraussetzung, dass der Nutzer sich verpflichte, die Erstellung und Weitergabe seines Benutzerprofils zuzulassen. Es bestehe die Gefahr des online-gläsernen Menschen.



„Erds Spuren“ in starken Farben

„Erds Spuren“ heißt eine Ausstellung des kurdischen Künstlers Ibrahim Coskun, die Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber am 10. Dezember in der Wandelhalle des Landtags eröffnete. Die Vizepräsidentin sprach auch zur Begrüßung. In das Werk des Künstlers führte Dr. Tayfun Belgin vom Museum am Ostwall in Dortmund ein. Die rechteckig großformatigen Ölbilder sind in starken Farben und abstrakt gemalt. Für den aufmerksamen Betrachter erschließt sich dennoch eine, wenn auch verschlüsselte politische Aussage des Kurden Coskun. Das Bild zeigt die Landtagsvizepräsidentin (Mitte) mit dem Künstler (rechts) und dem Kunsthistoriker Belgin (links).

Foto: Schälte

Bodenschutzgesetz: **Opposition: Vorsorge muss gestärkt werden**

In erster Lesung hat der Landtag am 10. Dezember den Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen (Drs. 12/4475) beraten und an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung (federführend) überwiesen. Mit dem Entwurf sollen das Bundesgesetz im Interesse eines effektiven Bodenschutzes ergänzt und die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Regelungen getroffen werden, für die der Bundesgesetzgeber den Ländern einen Gestaltungsspielraum eröffnet hat.

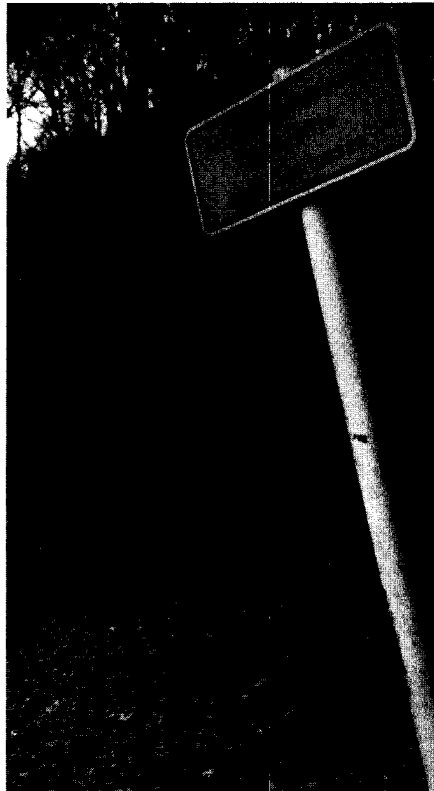
Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erläuterte, das Gesetz mache Schluss mit einem großen Mangel: Anders als bei den Medien Luft und Wasser gebe es bisher für den Boden keine Gesetzgebung für einen vor- und nachsorgenden Bodenschutz. Trotz aller gegenteiligen Absichtserklärungen schreite die Bodenversiegelung weiter fort — und damit eines der größten Umweltprobleme, mit denen man es in Zukunft zu tun haben werde. Höhn: „Wir müssen uns Regelungen überlegen.“ Nach wie vor gelangten erhebliche Schadstoffeinträge in den Boden, die würden aufgenommen und sehr lange gespeichert. Schon jetzt seien vorsorgende Maßnahmen erforderlich, vor allem in Hinblick auf die hohen Kosten, die für die Sanierung von Altlasten aufgewendet werden müssten. Diese weitreichende Vorsorge zur Verminderung zukünftiger schädlicher Einwirkungen auf den Boden sei darum einer der wichtigen Punkte des Gesetzentwurfs neben der Gefahrenabwehr bei vorhandenen Bodenbelastungen. Um sie und die Bodenversiegelungen zu überblicken, werde ein allen Beteiligten zur Verfügung stehendes Bodeninformationssystem geschaffen. Damit seien konkretere und aktuellere Informationen über den Boden möglich, was sich verkürzend bei Planungs- und Genehmigungsverfahren auswirken werde. Einheitliche Anforderungen an Sachverständige und Untersuchungsstellen für Altlasten und schädliche Bodenveränderungen würden auch festgelegt. Daneben enthalte der Entwurf Regelungen über Mitwirkung und Duldungspflichten für Grundstückseigentümer und andere Verpflichteten sowie Bestimmungen zur Erfassung von Altlasten, altlastenverdächtigen Flächen, schädlichen Bodenveränderungen und Verdachtsflächen. Die Ministerin: „Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden Auskunftsansprüche geschaffen, eine Information der Öffentlichkeit ermöglicht, datenschutzrechtliche Regelungen getroffen sowie Verfahrensregelungen zur Ausgestaltung des Ausgleichsanspruchs bei Beschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung im Fall einer besonderen Härte festgelegt.“

Gerda Kiener (SPD) unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Bodens als Lebensgrundlage der Menschheit. Es gelte ihn zu schützen, „denn der Boden ist in Gefahr“.

Und: „Unseren Erfolgen in den Bereichen der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und dem Teilgebiet des Bodenschutzes, der Altlastensanierung, müssen wir verstärkte Anstrengungen im flächendeckenden Bodenschutz folgen lassen.“ Dabei wichtig, dass keine neuen Genehmigungsverfahren geschaffen würden. Es gelte, ein komplexes und langfristig wichtiges Problem anzugehen, „mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung ist für die weiteren Beratungen eine gute Grundlage gegeben“.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) verlangte einen Bodenschutz, der von Ideologie frei sein müsse und nicht wirtschaftsschädigend sein dürfe, sondern den Boden wirklich schütze, „denn hier ist dringender Handlungsbedarf. Es darf auch nicht so sein, dass sich das Bodenschutzgesetz gegen Betroffene richtet, sondern gemeinsam mit ihnen uns allen Nutzen bringen“. Bodenschutz sei in einem so dicht besiedelten Land wie NRW eine Querschnittsaufgabe, bei der Erhalt und Wiederherstellung, Vorsorge, Sanierung und Risikovorhersage im Mittelpunkt stünden. Es dürfe nicht sein, dass die Vorsorge zugunsten der Altlastensanierung — wie im Lande geschehen — in den Hintergrund trete. Schraps: „An dieser Stelle ist mir das Gesetz noch zu dürrig.“ Sie meldete Zweifel an der Aussicht gestellten Kostenneutralität an und rechnete auf jeden Fall mit einem nicht unerheblichen Personalmehrbedarf durch die Bodenschutzbehörden. Das Gesetz werde im Grundsatz von der CDU begrüßt, „allerdings bedarf es noch einiger weiterer Aufarbeitungen“.

Fred Hansen (GRÜNE) begrüßte das Gesetz und zeigte sich überzeugt, dass Böden künftig besser geschützt werden können. Er



Unser Boden muss vieles aushalten, hier eine Warn-tafel in einem Essener Wald südlich der Ruhr. Das Gebiet hat der Bergbau schon längst verlassen, dennoch ist der Boden noch in Bewegung.

sei in den vergangenen Jahrzehnten flächig als Deponie für Giftstoffe, Stäube und Gase, die sich dort als Säuren niedergeschlagen hätten, benutzt worden. Es sei darum wichtig, die Ursachen zu bekämpfen und den Boden nicht weiter zu belasten, fand er und wies darauf hin, dass der Boden nicht beliebig vermehrbar, sondern endlich und nur sehr schwer zu regenerieren sei.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) meinte, auch sie hätte den vorsorgenden Aspekt stärker im Gesetz verankert gesehen, aber entsprechende Vorschläge, die das Land gemacht habe, seien auf Bundesebene abgelehnt worden. Sie kritisierte, dass der Schutzaspekt mit dem Nutzungsaspekt gleichgestellt sei „und damit das Bundesbodenschutzgesetz sozusagen ein Gesetz zweiter Klasse ist; alle anderen Gesetze sind höher angesiedelt“. Die Ministerin wörtlich: „Wir haben sozusagen ein Medium, das am Katzentisch sitzt, und das ist der Boden. Die Luft und das Wasser werden, auch in der Systematik, anders beurteilt.“

Novelle sieht Einführung der Verbandsklage vor

Die Landesregierung schlägt vor, das Landschaftsgesetz vom Mai 1995 zu ändern. Zum einen soll es der Weiterentwicklung nationalen und europäischen Naturschutzrechts Rechnung tragen, zum anderen schließt sich NRW der Einführung der Verbandsklage in zwölf anderen Bundesländern an. Ein weiterer angestrebter Effekt ist unter anderem die Vereinfachung der Landschaftsplanung auf örtlicher Ebene. Über den Entwurf der Landesregierung (Drs. 12/4465) beriet der Landtag am 10. Dezember in erster Lesung.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) zeigte sich überzeugt, dass die Änderungen zu deutlichen Verbesserungen des Naturschutzrechts im Lande führen werden. Mit der Einführung der Verbandsklage (für bestimmte Naturschutzverbände) setze man eine Vereinbarung der Düsseldorfer rot-grünen Koalition um und folge im Übrigen zwölf Bundesländern, die dieses Institut bereits vorsehen. Im Übrigen, so die Ministerin weiter, habe sich dort gezeigt, „dass von der Klagemöglichkeit äußerst sparsam Gebrauch gemacht wird“. Der Entwurf stärke zudem das Kooperationsprinzip im Naturschutz und räume dem Vertragsnaturschutz, „der bekanntlich im Konsens zwischen den Betroffenen erreicht wird“, als wichtige Ergänzung der Landschaftsplanung und der Schutzausweisung einen hohen Stellenwert zu. Der FFH-Erlass werde im Gesetz verankert, „nur über dieses Gesetz wird er gelten“, erklärte Höhn und strich heraus, dass es schon deshalb wichtig sei, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. In der Landschaftsplanung werde die Arbeit durch die neue Dreistufigkeit erleichtert. Mehr Überblick ergebe eine zu schaffende Übersicht über Flächen, die zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen herangezogen werden. Außer- (Fortsetzung auf Seite 8)

Verbandsklage ...

(Fortsetzung von Seite 7)

dem enthalte der Entwurf eine Enteignungs- und Entschädigungsregelung, „die die neuste Rechtsprechung berücksichtigt“.

Horst Steinkühler (SPD) meinte mit Blick auf die Verbandsklage, diese Änderung sei so bedeutsam, dass alle betroffenen Ausschüsse in die Beratung mit einbezogen werden müssten. Für ihn, so Steinkühler weiter, sei die Notwendigkeit einer Regelung dieser Materie auf Landesebene „nicht unmittelbar erkennbar, da die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene dies ebenfalls vorsieht“. Darum müsse sichergestellt werden, „dass uns die Diskussionen auf Bundesebene nicht in einer Art und Weise einholen, die möglicherweise sehr kurzfristig eine erneute Änderung des Landschaftsgesetzes erforderlich machen könnten“. Darum bedürfe dieser Punkt einer ausführlichen und sachorientierten Beratung. Außerdem gelte es, die Erfahrungen anderer Bundesländer mit der Verbandsklage im Verlauf der Beratung hierzulande zu berücksichtigen und nicht jetzt schon ein vorschnelles Urteil über diese Frage zu fällen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) erklärte zur Haltung seiner Fraktion, man werde die Beratung nicht verzögern, aber verhindern, „dass der Gesetzentwurf durchgepeitscht wird“. Wie sein Vorredner kündigte auch er die Durchführung einer öffentlichen Anhörung an. In ihrem Entwurf habe die Landesregierung nur unzureichend die teilweise massive Kritik der Verbände am Referentenentwurf aufgegriffen, monierte er und verwies auf die in den Augen seiner Fraktion wichtigen Punkte: Verbandsklage, flächendeckende Landschaftsplanung, Vertragsnaturschutz, Ausgleichsregelung, Umsetzung der FFH-Richtlinie, Landschaftsprogramm und Kompensationskataster. Ziel seiner Fraktion sei es, dass am Ende der Beratung ein Entwurf vorliege, „der den Vertragsnaturschutz und die Kooperation weiter stärkt, faire Ausgleichsregelungen unterhalb der Enteignung festlegt, exzessive Mitwirkungsrechte von Verbänden und das Klagerecht von Verbänden als letztlich kontraproduktiv ablehrt, auf das Landschaftsprogramm als überflüssige und verwirrende Bürokratie verzichtet sowie die Umsetzung europäischer Naturschutzvorhaben im Konsens mit den vor Ort Betroffenen ermöglicht“.

Silke Mackenthun (GRÜNE) qualifizierte den Entwurf so: Unter Verzicht auf „schmückendes Beiwerk“ enthalte er nur die absolut notwendigen Neuregelungen, etwa die längst fällige Einführung der Verbandsklage. Wobei das Klagerecht an Vorhaben geknüpft sei, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürften. Das Ausgleichsflächenkataster sei inzwischen erforderlich, weil die Zahl der Kompensationsmaßnahmen für viele Kommunen und Kreise unübersichtlich geworden sei. Das Landschaftsprogramm werde von den Naturschutzverbänden schon lange erwartet und sei das letzte Bindeglied zu den Gebietsentwicklungs- und Landschaftsplänen auf regionaler und kommunaler Ebene. „Natura 2000“, ein über die FFH-Richtlinie aufzubauendes europäisches ökologisches Netz, könne damit seinem Namen gerecht werden.

Forstnovelle: Wald künftig nachhaltig und ordnungsgemäß bewirtschaften

Der naturnahen Ausgestaltung dienen einige Änderungen, die die Landesregierung im Landesforstgesetz vornehmen will. Dazu hat sie ein Drittes Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes vorgelegt (Drs. 12/4445), das unter anderem die Bestimmungen für Kahlhiebe verschärft und die Naturverjüngung als Möglichkeit für Ersatz- und Wiederaufforstungen regelt. Außerdem werden die Prinzipien der nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes und der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft definiert und als Handlungsmaximen gesetzlich festgelegt.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erklärte zum Ziel der Novellierung: „Wir hoffen, damit dem Wald etwas Gutes zu tun. Wir wissen um die wichtige Funktion des Waldes gerade als CO₂-Senke. Deshalb ist es wichtig, auch im Forstbereich zu einer nachhaltigen Waldwirtschaft zu kommen.“ Die Ministerin hob hervor, dass die Bestimmungen für Kahlschläge verschärft würden, um Missbräuche zu verhindern und einer nachhaltigen Waldwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Darum verstärkten auch die staatlichen Behörden die Beratung der unterschiedlichen Waldbesitzer. Das Ökosystem Wald solle langfristig gesichert werden, dazu dienten auch forstliche und holzwirtschaftliche Förderungsprogramme der Forstbehörden, die zudem mehr Kompetenz erhielten, um mit der Zunahme organisierter Veranstaltungen im Wald I (Sportveranstaltungen, Konzerte oder organisiertes Pilzsammeln) Schritt zu halten und die Erholungsfunktionen und sonstigen Funktionen des Waldes zu sichern — darunter fielen keine Schulwanderungen, wie die Ministerin ausdrücklich betonte. Sie erwähnte noch, dass man einer Anregung des Landesrechnungshofs folgen wolle, „die bisherige grundsätzliche Gebührenfreiheit für Amtshandlungen der Forstbehörden aufzuheben“.

Irmgard Schmid (SPD) stimmte dem Grundanliegen der Novelle bei: „Zu den meisten Punkten dieses Gesetzentwurfs kann man sagen, dass sie der Verbesserung des Vollzugs des Landesforstgesetzes dienen oder dass das Verursacherprinzip jetzt berücksichtigt wird.“ Die Abgeordnete vermisste aber in Teilen der Änderung Eindeutigkeit und Klarheit, für die Gesetzgeber zu sorgen habe. So seien die Anforderungen an eine nachhaltige Forstwirtschaft und an die ordnungsgemäße Forstwirtschaft (Paragrafen 10 a und 10 b) nicht bestimmt genug. Deswegen hätten Waldbesitzer und Waldnutzer keine Vorstellung davon, wie diese Vorschriften in die Tat umzusetzen seien. Es sei einfach zu unbestimmt, wenn der weitgehende Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, Hinwirken auf Wilddichten, die den Waldbeständen und ihrer Verjüngung angepasst seien, pflegliches Vorgehen beim Holztransport zwar genannt würden, aber den Beteiligten wie Umweltministerium, Gerichte und Waldbesitzer weite Interpretationsspielräume eröffneten. Sie schlug vor, die Inhalte beider Paragraphen in einer Präambel zu formulieren und das Gesetz so abzufassen, dass bei Zuwiderhand-

lungen auch Bußgelder verhängt werden können.

Clemens Pick (CDU) meinte, schon das 1995 zuletzt geänderte Gesetz sei damals mit heißer Nadel gestrickt worden; jetzt solle es kurz vor Ende der Legislaturperiode noch einmal schnell geändert werden. Grundsätzlich gehe es bei der Novellierung nicht um Vereinfachungen, sondern „um Verschärfungen der Vorschriften, unklare Definitionen und Belastungen durch zum Teil sinnlose Gebühren“. Wesentlicher Änderungsbedarf dagegen sei überhaupt nicht aufgenommen, Chancen zur Abstimmung mit anderen Gesetzen wie dem Landschaftsgesetz nicht wahrgenommen worden, kritisierte Pick und erwähnte als Beispiel die Anzeigepflicht für Veranstaltungen: Wenn etwa ein privater Waldbesitzer in seinen Waldungen eine Weihnachtsbaumaktion machen wolle, müsse er bei der Forstbehörde eine Genehmigung einholen und dafür bezahlen. Der Abgeordnete: „Das ist ein Beispiel dafür, wie wenig die Sache durchdacht ist.“ So bedürfe der vorliegende Entwurf weiterer Veränderungen und Konkretisierungen, bei den Definitionen einiger Klarstellungen. Die Forderung nach Eindeutigkeit und Klarheit sei nur zu unterstreichen.

Silke Mackenthun (GRÜNE) wertete den Entwurf als „sach- und zweckdienlich und ausgewogen“. Ob, wie die CDU das behaupte, damit eine Chance vertan werde, „das werden wir noch sehen“. Darum wünsche sie sich konstruktive Zusammenarbeit bei der Ausschussberatung. Nachhaltige und ordnungsgemäße Forstwirtschaft richte sich nach den Definitionen, die die europäischen Forstminister auf ihrer Konferenz 1993 in Helsinki gefunden hätten. Es wäre etwas zu wenig, diese Definitionen in eine Präambel zu schreiben, fand sie — in Präambeln finde sich oft das, „was man eigentlich gar nicht so meint“. Sie sprach sich auch klar für die Anzeigepflicht von Veranstaltungen aus und erwähnte positiv die Möglichkeit eines Versagens einer Waldumwandlungsgenehmigung in Gemeinden mit geringem Waldanteil.

Fred Hansen (GRÜNE) wies Befürchtungen zurück, durch nachhaltiges Wirtschaften könnte es zu Wettbewerbsnachteilen kommen: Das Gegenteil sei der Fall, naturnah bewirtschaftete Wälder ließen eine weitaus höhere Wertschöpfung erwarten, als dies in Altersklassenwäldern der Fall sei.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wies auf den Vorteil hin, öffentliche Veranstaltungen ins Forstgesetz aufzunehmen. Auf diese Weise ließen sich etwa organisierte Sammlungen von Beeren und Pilzen sowie das Mountainbiking im Wald regeln.

Clemens Pick (CDU) zweifelte, ob Bestimmungen zu Pilzsammlungen oder zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen praktikabel und umsetzbar seien. Was die Kahlschläge angehe — hier könne sich die Natur, wie man gesehen habe, sehr gut selbst helfen.

Zweite Lesung Haushalt 2000 – schon vom Wahlkampf geprägt



CDU-Wirtschaftspolitiker Christian Weisbrich (l.), Minister Peer Steinbrück (SPD)

Wirtschaft und Mittelstand

Volumen 2,33 Milliarden Mark, im Ausschuss um neun weniger auf 98 Millionen Mark gegenüber 1999 gekürzt; „Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe“ der CDU abgelehnt.

Christian Weisbrich (CDU) sah im um 4,39 Prozent gekürzten Wirtschaftshaushalt eine einzige Enttäuschung und die Abbruchhalde der Landesregierung. NRW sei im Wachstum Vorletzter und auf dem Arbeitsmarkt im Westen Schlusslicht. Geringfügige, auf Druck der CDU erfolgte Nachbesserungen bei Krediten für kleine und mittlere Unternehmen und beim Beratungsprogramm änderten nicht viel. Fünf Millionen gebe es für eine PR-Kampagne und nichts für den Mittelstand. Nach den 1998 aufgedeckten viele hundert Millionen Mark schweren Förderskandalen, zwei Staatssekretären und drei Ministern in drei Jahren müssten Konsequenzen gezogen werden. „Schämen Sie sich eigentlich nicht“, fragte der Redner den Minister, „Mittel für Ausbildung um 2,4 Millionen Mark zu kürzen und dem Hätschelkind HDO zwei Millionen zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Neue Arbeitsplätze gebe es nicht in subventionierten Kulturprojekten, sondern nur im Mittelstand.“

Werner Bischoff (SPD) berichtete, die Koalition habe sich auf Ausbildungs- und neue Arbeitsplätze konzentriert. Der Auftragseingang in Deutschland ziehe an, das erreiche auch den Arbeitsmarkt. 750 000 Menschen in NRW hätten noch keine Arbeit, das seien aber 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. 10,5 Prozent weniger jüngere Arbeitslose als im Vormonat seien ein Erfolg der Politik von Clement. Bei Gewerbeförderung zugunsten des Handwerks liege NRW an der Spitze. Die Gründungsoffensive sei eine Erfolgsstory mit 800 000 neuen Arbeitsplätzen in drei Jahren.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) stellte rückblickend dazu fest, Selbständigkeit sei jetzt für die Menschen eine Berufsalternative. NRW-Gründungen seien im Bundesvergleich überdurchschnittlich erfolgreich. Für mehr rentable Gründungen sei die Beratungsförderung um 4,5 Millionen Mark aufgestockt worden. Die GRÜNEN seien stolz auf mehr Existenzgründerinnen in NRW und die Stärkung der Zielgruppe Frauen in der Wirtschaftspolitik. Die Mittelstandsoffensive solle

Meinungsverschiedenheiten über die Verwendung der (knappen) Landesmittel wurden in der 2. Lesung des Haushaltsplans für das Jahr 2000 am 13. und 14. Dezember bereits vom bevorstehenden Landtagswahlkampf überlagert. Zu den Einzelplänen der Ressorts, die in der vom Ältestenrat festgelegten Reihenfolge aufgerufen wurden, hatten die Fachpolitiker der Fraktionen das Wort.

Eigenkapitalprobleme verringern und Betriebsnachfolgen erleichtern.

Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD) kritisierte den CDU-Redner, der zu wenig differenziere und das Land verzeichne. Mit Kritik an der Gründungsoffensive habe er auch Gewerkschaften und Kammern in die Pfanne. Der CDU-Landesvorsitzende habe seinen Bonner Einzelplan als „Mister Zukunft“ dramatisch heruntergefahren und sei jetzt Mister Vergangenheit. Es treffe zu, dass der Wirtschaftshaushalt sinke, das hänge mit 1999 nachgezählten Kohlehilfen zusammen, sei auch Konsolidierungsbeitrag. Es sei eben ein stark disponibler Bereich. Auch die Investitionsquote werde leider betroffen. In der Handwerksförderung sei NRW Nummer eins der ganzen Republik. Es habe der CDU den Rang in der Wirtschaftskompetenz abgelaufen.



SPD-Wirtschaftspolitiker Werner Bischoff (l.), GRÜNE-Kollegin Alexandra Landsberg

Bereich Verkehr

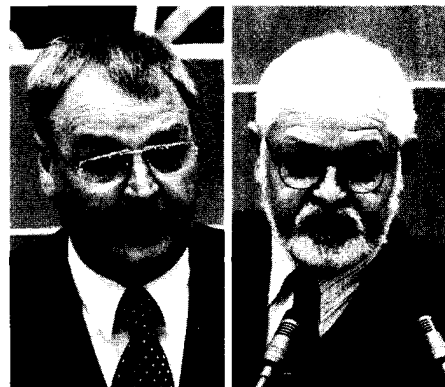
Volumen 4,1 Milliarden Mark; CDU-Anträge Straßenbaumittel zu erhöhen abgelehnt. Gesamter Einzelplan 08 von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und des GRÜNE-Abgeordneten Kreuzt angenommen.

Günter Langen (CDU) spielte auf Freiflüge von Kabinettsmitgliedern als deren Beitrag zu einer aktiven Luftverkehrspolitik an und erwähnte Straßen und Schienen in NRW, denen es nicht so gut gehe wie durch die Lüfte mit der WestLB. Hunderttausende ärgerten sich täglich über Dauerstaus und verstopfte Städte, verspätete Bahnen und ausfallende Züge. NRW vernichte jährlich volkswirtschaftliches Vermögen von etwa 40 Milliarden Mark durch Staus. Der frühere Verkehrsminister Zöpel habe die Planungen blockiert, so dass der Bund bis in die 90er-Jahre mehr in anderen Ländern investierte. Die rot-grüne Bundesregierung reduziere die Mittel für NRW auf 412 Millionen Mark für 2000. Durch Ortsumgehungen und Beseitigen von Engpässen könnten die Menschen von Lärm befreit und Wirtschaft und Umwelt weiterentwickelt werden. Statt dessen gebe es nur virtuelle Verkehrspolitik des Ministerpräsidenten.

Heinz Hunger (SPD) versicherte, NRW habe jede Million für Verkehrsinvestitionen umgesetzt, die aus anderen Ländern zurückgefließen sei. Der Verkehrsetat werde von der SPD begrüßt und habe ein Optimum erreicht. Für die Steigerungen bei Erhaltungsinvestitionen für Landstraßen sei dem Finanzminister zu danken. Die CDU habe keine Deckung für ihre Mehrforderungen. Für nicht bundeseigene Eisenbahnen, also für innovative Schienenprojekte seien die Zuschüsse auf 18,7 Millionen Mark aufgestockt worden. Das sei Verlagerungspotential von Straßen- auf Schienengüterverkehr.

Peter Eichenseher (GRÜNE) erinnerte, vor fünf Jahren seien 19 Prozent der NRW-Bahnstrecken akut von Stilllegung gefährdet gewesen. Achtzehn Bahnstrecken stünden jetzt zur Reaktivierung an, das sei ein Riesenerfolg. Die Förderung von Bus und Bahn habe sich dramatisch verbessert. Endlich sei auch ein Programm zur Sanierung von Bahnhöfen aufgelegt worden. Bei Straßen müsse mehr für die Substanzerhaltung als für Neubau ausgegeben werden. Zwei wichtige Korrekturen der Koalitionsfraktionen am Haushalt seien die Mittel für Regionalbahnen und das Mehr beim Radwegebau. Einem Länderzuschuss für den Transrapid erteilten die GRÜNEN eine Absage.

Verkehrsminister Peer Steinbrück (SPD) wies ebenfalls auf Staus auch in anderen Ballungsräumen hin und auf die Verantwortung der CDU für Kürzungen zu Lasten von NRW auf Bundesebene. Staus seien Ausprägung der zunehmenden Mobilität und wachsender Gütermengen, Letzteres von positiver Wirtschaftsaktivität. Es gehe um eine neue Aufgabenteilung der Verkehrsträger. Anders als die GRÜNEN meinten, müsse es auch Straßenneubau geben. NRW erhöhe die Mittel für Straßen jetzt deutlich und gebe außerdem für den öffentlichen Personenverkehr 3,2 Milliarden Mark aus. Die NRW-Flughäfen müssten sich auf eine Arbeitsteilung einstellen. 30 Millionen Mark würden für bessere Bewachung von Bussen und Bahnen mit 500 zusätzlichen Beschäftigten ausgegeben.



CDU-Verkehrsexperte Günter Langen (l.), SPD-Kollege Heinrich Hunger
Fotos: Schälte



Der Landwirtschaft gehe es nicht gut, meinten die Politiker aller drei Fraktionen, v.l. Eckhard Uhlenberg (CDU), Horst Steinkühler (SPD), Siegfried Martsch (GRÜNE), Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE). Fotos: Schälte

Landwirtschaft/Forsten

Der Einzelplan 10 mit einem Volumen von 1,8 Milliarden Mark wurde nach der 2. Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen und Mehrforderungen der CDU für Gewässerunterhaltung und das Agrarinvestitionsprogramm abgelehnt.

Eckhard Uhlenberg (CDU) berichtete, der Agrarstandort NRW sei der drittgrößte und produziere 15 Prozent der deutschen Agrarproduktion. NRW-Land- und Forstwirte erhielten die Kulturlandschaft für Millionen Erholungssuchende. Im Jahr 1999 hätten sich ihre Rahmenbedingungen dramatisch verschlechtert. Die Agenda 2000 führe zu Einkommenseinbußen von 1,5 Milliarden Mark jährlich. Zum ersten Mal gebe es Preissenkungen ohne vollständigen Einkommensausgleich. Die sozialen Kürzungen seien nicht zu verkraften. Einnahmen aus der Ökosteuer müssten der Unfallversicherung und der Alterskasse der Landwirte zugeteilt werden. Ein ganzer Berufsstand werde von Rot-Grün kaputtgespart.

Horst Steinkühler (SPD) stellte eingangs fest, die Förster hätten nach der Reform erfolgreich gearbeitet und 70 000 Hektar zusätzlichen Wald bewirtschaftet. Daher seien die 24 Stellen der Forstverwaltung von großer Bedeutung. Der Landwirtschaft gehe es nicht gut. Die Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe blieben mit 1,7 Milliarden stabil. Aber die Anpassung an nur 111 Millionen Mark für NRW dürfe nicht zu Lasten der konventionell wirtschaftenden Betriebe gehen. Langfristig müssten die Preise für landwirtschaftliche Produkte ihren Kosten angepasst werden. Die Verbraucher hätten ein Recht, sich selbst für Qualität zu entscheiden. Nur durch Kennzeichnungspflicht gelinge es, höhere Preise für tierschutzgerechte Produkte zu erzielen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) meinte, der Agrarhaushalt des Bundes sei schon unter Kohl in wenigen Jahren um 27 Prozent gekürzt worden. Die Agenda 2000 sei von der alten Bundesregierung beschlossen worden. Die CDU habe nichts eigenes vorzutragen und wolle nur die Vorrangförderung der alternativen Landwirtschaft beseitigen. Artgerechte Tierhaltung werde nur mit einem Fünftel des Programms gefördert.

Rot-Grün in NRW habe als erstes Land einen Förderplan „Ländlicher Raum“ aufgestellt mit 265 Millionen Mark pro Jahr. Die CDU sei längst nicht mehr die Bauernpartei.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bemerkte, der CDU-Redner habe sich fast nur mit EU- und Bundespolitik befasst. Seit der EU-Agrarreform von 1992 versuche man, die Bauern auf Weltmarktpreise zu hieven. Die GRÜNEN hielten das wegen unserer Umwelt- und Verbraucherstandards für unmöglich. Die CDU-Länder hätten sich rot-grüner Kompromisspolitik verweigert. Der NRW-Landwirtschaftshaushalt sei noch nie so gut gewesen wie jetzt. NRW zahle als erstes Land einen Ausgleich für FFH-gemeldete Gebiete. Auch gegen verseuchtes Rindfleisch und gegen Dioxine in Futtermitteln werde es tätig. Einen Riesensprung habe es mit 149 Landschaftsplänen getan.

Silke Mackenthun (GRÜNE) hob die 36 Stellen in der Forstwirtschaft als Beispiel hervor, wie ein Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum nicht nur Arbeit anders verteile, sondern auch Arbeit neu schaffe.

Umwelt/Raumordnung

Von Abfall-, Abwasser- und Wasserwirtschaft, Klimapolitik und produktionsintegriertem Umweltschutz handelten die (stark gekürzten) Beiträge zu diesem Bereich.

Hans Peter Lindlar (CDU) begründete die Ablehnung unrealistischer Haushaltsansätze mit 9,7 Millionen Mark für Projektieren neuer Müllbehandlungsanlagen, 1,9 Millionen für Beschleunigungsgutachten für Garzweiler II und fehlender Mittel gegen Billigdeponien, so dass täglich neue Altlasten entstünden. Zu wenig geschehe für Gewässer 2. Ordnung und beim Lärmschutz. Gegen die unfairen Kostenunterschiede für Abwasser habe die Ministerin nichts unternommen. Auch in der Klimapolitik gebe es kein klares Konzept. In der Abfallpolitik hätten Fehlplanungen von rund einer Milliarde Mark durch Gebühren der Bürger ausgeglichen werden müssen. Rot-Grün zementiere die Staatswirtschaft in Kommunalhand und stütze die Grauzone zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. Schließlich werde in NRW das Instrument des Öko-Audit völlig entwertet.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) widersprach und wies auf Meilensteine im Umweltschutz in NRW hin. Die Probleme in der Abfallwirtschaft seien die Folge verfehlter früherer Bundespolitik. Das NRW-Landesabfallgesetz korrigiere diese und räume der schadlosen Verwertung Vorrang ein vor Öko-Dumping. Die CDU habe in der Energiepolitik versäumt, den Teilnehmern am liberalisierten Strommarkt gleiche Rechte einzuräumen. Sie habe gewusst, dass unsere Stadtwerke gefährdet würden. Die Abwasserabgabe müsse reformiert werden. Aber Untätige dürften nicht belohnt werden. Die nachhaltige Wasserwirtschaft diene der Umwelt und schaffe Arbeitsplätze. Insgesamt müsse Umweltschutz in andere Politikfelder integriert und in Europa vorwärts getrieben werden. Das bringe Erfolge in der Sache und Chancen für die NRW-Umweltindustrie. Für mehr produktionsintegrierten Umweltschutz müsse der Staat noch mehr hinein in den Betrieb.

Johannes Rimmel (GRÜNE) äußerte Enttäuschung über fehlende Konzepte der Opposition und Flucht ins Detail. Versatzstücke von deren fünfjähriger Parlamentsarbeit zusammenzufügen, reiche nicht aus. Beim Klimaschutz mehr zu fordern, aber keine Veränderung in der Mobilitätspolitik zuzulassen, sei widersinnig und schizophoren. Die Arbeit an ökologischer Erneuerung in Wirtschaft und Gesellschaft stehe erst am Anfang. Dieser Haushalt sei ein Lesebuch der Nachhaltigkeit. Umweltmanagement in den Betrieben sei ausbaufähig. Erst im Vollzug der nachhaltigen Wasserwirtschaft hätten sich die 30 Prozent Energiesparpotentiale an Kläranlagen ergeben, eine innovative Idee. Das Neue an der Hochwasserpolitik sei, den Schutz nicht auf den Rhein zu beschränken, sondern in allen Bauleitplänen zu verankern. Bei der Zusammenschau von Arbeit und Umwelt sei NRW Spitze. Die Umweltverwaltung dürfe nicht auf der Mittelebene weggebündelt werden, sondern müsse nachdrücklich gestärkt werden.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bestätigte, Umweltpolitik dürfe nicht länger nachsorgend, reparierend geprägt sein. Umweltschäden dürften gar nicht erst entstehen. Statt immer größere Kläranlagen zu bauen, müsse bei Regen- und Grundwassergewinnung angesetzt werden. Mit der Effizienzagentur solle vorhandenes Know-how den kleinen Betrieben nahe gebracht und für sie vernetzt werden. Die Niederländer hätten den Agenda-Prozess erstaunlich erfolgreich und für NRW vorbildlich gestaltet. Mit dem Klima-Monitoring beim Wuppertal-Institut sei NRW auf einem guten Weg. Im Abfallbereich solle die CDU ihre lokalen Gegensätze klären. NRW werde als erstes Land vor 2005 die Deponien schließen. Bei den 900 Kläranlagen gleichzeitig Energie zu sparen und Abwassergebühren zu senken, sei eine tolle Sache.

Heinrich Kruse (CDU) protestierte gegen die Kürzung der Mittel für Gewässerunterhaltung, was durch die Wasser- und Bodenverbände aufgefangen worden sei, die damit die Grundstückseigentümer belastet hätten. Hier finanzierten die Landwirte Aufgaben der Allgemeinheit. Abgeleitetes Regenwasser stamme nicht von bewirtschafteten, sondern von versiegelten Flächen. Die neuen NRW-Richtlinien für naturnahe Fließgewässer müssten von grüner Ideologie entrümpelt werden.

Innere Sicherheit

In zwei Änderungsanträgen zum Etat des Innenministers verlangte die CDU Strukturverbesserungen bei der Polizeibesoldung anstelle von Leistungsprämien und eine Änderung des in ihren Augen unzureichenden „Polizeidichteverhältnisses“. Beide Anträge wurden abgelehnt, der Einzelplan 03 angenommen.

Theodor Kruse (CDU) meinte, auch im Bereich der inneren Sicherheit gelte in Nordrhein-Westfalen: „Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.“ Die innere Sicherheit als eine klassische Aufgabe des Staats gehöre endlich in den Mittelpunkt der Politik gerückt. In den letzten 30 Jahren — die SPD habe die Landesregierung in diesem Zeitraum geführt — habe sich die Zahl der registrierten Straftaten im Lande verdoppelt; die Gewaltkriminalität nehme weiter zu, gerade unter jungen Menschen. Nur jede zweite Tat werde aufgeklärt, nicht jede aufgeklärte Tat werde gerichtlich geahndet. Es dürfe keine „Sicherheit erster und zweiter Klasse“ im Lande geben.

Jürgen Jentsch (SPD) kontierte: Das nordrhein-westfälische Polizeinetz sei so dicht wie nie; innerhalb eines Jahrzehnts seien knapp 4 400 Stellen hinzugekommen, neun Prozent mehr. Die Polizei in NRW sei inzwischen die modernste in Europa, die Beamten gehörten zu den am besten bezahlten Beamtengruppen, 78 Prozent aller Beamtinnen und Beamten befänden sich im gehobenen Dienst. Die Polizei sei hoch motiviert und arbeite professionell, sie sei und bleibe bürgernah. Dank dieser Polizei lebten die Bürgerinnen und Bürger in NRW in den sichersten Großstädten dieser Republik. Die Aufklärungsquote steige ständig, der Opferchutz werde ausgebaut, die Ordnungspartnerschaften und Präventionsräte leisteten erfolgreiche Arbeit.

Roland Appel, GRÜNE-Sprecher, erkannte „heiße Luft“ in der Forderung nach mehreren tausend Polizisten, die das Land zusätzlich einstellen solle: Das könne niemand bezahlen, auch die verlangten 1 000 neuen Polizeianwärter würden den Landshaushalt aufblähen. Die Koalition dagegen habe im Landesetat für eine solide Finanzierung der inneren Sicherheit, der Prävention, des Op-

ferschutzes und des Opfer-Täter-Ausgleichs gesorgt. Auch beim Datenschutz sei „draufgelegt“ worden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bekannte: „Das Innenressort ist in dieser Landesregierung ein sehr schönes Ressort. Es enthält viele wichtige und spannende Aufgaben. Es macht Spaß, es zu leiten und zu lenken, wenn man bei diesen Aufgaben zumindest hier und da Erfolg hat, und den haben wir. Das zeigt sich auch im Haushalt des nächsten Jahres.“ Die innere Sicherheit im Lande werde durch Vorbeugung und Prävention, durch konsequente Strafverfolgung und als jüngstes drittes Element durch die Politik des Opferschutzes und der Opferhilfe hergestellt. Mit den Beschlüssen zum Haushalt 2000 könnten im nächsten Jahr 5 453 Polizeibeamte befördert werden, davon allein 1 250 durch die Strukturverbesserungen aus dem Antrag der SPD-Fraktion.

Land und Gemeinden

Mehr Mittel für die Verwaltungshaushalte und den investiven Bereich und nicht weitere zweckgebundene Zuweisungen an die Gemeinden verlangte die CDU, die ihre Ablehnung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2000 erklärte. Für den Innenminister ist dagegen der Entwurf ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Mit Koalitionsmehrheit wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Franz-Josef Britz (CDU) bedauerte, dass es noch keine verbindlichen Vorschriften zum Konnexitätsprinzip gebe. Sicher müssten die Spar- und Konsolidierungsbemühungen weiter gehen. Die nordrhein-westfälischen Gemeinden aber würden durch die beabsichtigten Sparmaßnahmen auf Bundesebene mit 800 Millionen pro Jahr belastet, da müsse man sich wehren. Das GFG 2000 des Landes sei auch kein Konsolidierungsbeitrag, denn es sei mit 325 Millionen Mark für die Finanzierung der Kostenpauschale zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge befrachtet. Die Städte und Gemeinden bräuchten dringend allgemeine Mittel für den Verwaltungshaushalt; die Landesregierung jedoch betreibe eine Stärkung der zweckgebundenen Mittel und schreibe den Gemeinden damit vor, wie diese zu verwenden seien.

Walter Grevener (SPD) relativierte: Von den 14 Milliarden, die das Land aus seinen Steuereinnahmen an die nordrhein-westfälischen Gemeinden weiterreiche, seien nur knapp neun Prozent zweckgebunden. Im Übrigen habe das Verfassungsgericht des Landes bereits bestätigt, dass in NRW das Land seine Gemeinden ausreichend am Steueraufkommen beteilige und dass die Verteilungsmaßstäbe der Verfassung entsprächen. Diese Grundsätze schreibe der vorliegende Gesetzentwurf fort, betonte er und lobte die Kommunalfreundlichkeit der Landesregierung und des Landtags. Grevener: „Dieses Land Nordrhein-Westfalen ist auch in der kommunalen Selbstverwaltung Spitze.“

Ewald Groth (GRÜNE) meinte, die Opposition mache es sich ganz schön einfach: Sie stelle überhaupt keine Änderungsanträge. Aber das könne sie auch, fuhr er fort, „weil Rot-Grün sich die Sorgen und Gedanken schon gemacht haben und Ihnen hier und heute ein Gemeindefinanzierungsgesetz präsentieren, das sich sehen lassen kann und bundesweit — zumindest aus meiner Sicht — unvergleichlich ist“. Die Verschlebung des Steueranteils des Landes zugunsten der Kommunen habe ganz klar höher gelegen als die Befrachtung, die ins GFG hineingekommen sei. Außerdem stiegen die Schlüsselzuweisungen mit drei Prozent stärker als die Ausgaben des Landeshaushaltes (zwei Prozent). Fazit: Wie bisher fließe fast jede vierte Mark an die Kommunen. Groth: „Es ist schon gesagt worden: Das gibt es in keinem anderen Bundesland.“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erklärte: „Die Kommunen werden auch künftig nach besten Kräften in ihren Bemühungen unterstützt werden, die kommunale Selbstverwaltung hochzuhalten, sie für die Bürger erfahrbar zu machen.“ Sparen und Konsolidieren müsse weiterhin im Mittelpunkt der Kommunalpolitik vor Ort stehen, davon sei er überzeugt wie auch davon, „dass wir durch das Setzen von Rahmenbedingungen und die Verabschiedung von Gemeindefinanzierungsgesetzen, die eine verlässliche Basis für kommunale Politik sind, unsere Beiträge dazu leisten müssen, dass solche Politik vor Ort möglich wird. In diesem Sinne ist auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2000 eine verlässliche Grundlage für Kommunalpolitik in unserem Land“.



Die innenpolitischen und kommunalpolitischen Experten von Fraktionen und Regierung unter sich (v.l.): Theodor Kruse (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), Roland Appel (GRÜNE), Innenminister Behrens (SPD), Franz-Josef Britz (CDU), Walter Grevener (SPD) und Ewald Groth (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Führend beim Wohnungsbau

Die Bedingungen bei der Wohnungsbauförderung sind nach Angaben des Bauministers besser als in jedem anderen Bundesland. Kritik kam von der CDU. Sie beklagte den Mittelabfluss.

Siegfried Zellnig (CDU) bezeichnete den Abfluss des Wohnungsbauprogramms 1999 als Katastrophe. Für den Mietwohnungsbau seien für 1999 für 10 800 Wohneinheiten 2,1 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt worden. Das Ergebnis sehe zum 2. Dezember nach den Mitteilungen der WFA so aus: Es seien von einem Gesamtprogramm von 1,3 Milliarden Mark 261 Millionen Mark abgenommen. Das entspreche einer Quote von 19,5 Prozent. Auf die Wohneinheiten bezogen, heiße das: Von 10800 Wohnungen seien zu diesem Zeitpunkt 2145 Wohnungen bewilligt worden – 19,9 Prozent. „Das ist in sich schon eine schlichte Katastrophe.“

Gerd-Peter Wolf (SPD) erklärte, man habe seit Anfang der 90er-Jahre eine Wohnungsbaupolitik gemacht, die ganz hervorragend gewesen sei. Von daher habe man derzeit den Stand in NRW: „Nie war es besser als heute.“ Es habe nie mehr Wohnungen in NRW gegeben. Man habe über acht Millionen Wohnungen bei 18 Millionen Haushalten. Die Wohnraumversorgung pro Kopf, die Wohnraumflächen seien nie so gut gewesen. Man habe Wohnungssuchende bei den Wohnungsämtern von knapp über 100 000. 1995 seien noch eine halbe Million als Wohnungssuchende gemeldet gewesen. Die Zahl der Obdachlosen sei auf den niedrigsten Stand seit Jahren gesunken.

Hedwig Tarnier (GRÜNE) sagte, nach vieereinhalb Jahren habe man es geschafft, obwohl Zuzugsland, dass heute nur knapp 100 000 Haushalte wohnungssuchend seien. Diese Entspannung auf dem Wohnungsmarkt dürfe aber nicht dazu führen, dass man nur noch spare und nach Geld Ausschau halte. Es habe keine allgemeine Entlastung stattgefunden, sondern nur eine Entlastung in bestimmten räumlichen Bereichen und in bestimmten Marktsegmenten, und zwar in den Segmenten, die es sich leisten könnten, hohe Mieten zu bezahlen. Gerade in den Ballungsräumen seien Leute mit wenig Geld immer noch darauf ange-



Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen: v.l. Siegfried Zellnig (CDU), Gerd-Peter Wolf (SPD), Hedwig Tarnier (GRÜNE) und Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE).
Fotos: Schälte

wiesen, „dass wir vernünftige Wohnungsbaupolitik betreiben und bezahlbaren Wohnraum für diese Menschen schaffen“.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hielt dem CDU-Sprecher vor, wenn er behaupte, der Mittelabfluss wäre eine Katastrophe, dann sei das mehr als Unsinn. Es sei von den Zahlen her Unsinn, weil jetzt im Dezember wirklich die Post abgehe „und wir Tag für Tag in der WFA neue Bewilligungen aussprechen“. Man werde am Jahresende wieder ein Ergebnis etwa wie im Vorjahr erreichen, und das habe immerhin bei 80 Prozent gelegen. Aber es sei auch systematisch Unsinn. Dass man, was die Wohnungsbauförderung angehe, Bedingungen liefere, wie sie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland geboten würden, das werde die CDU schwerlich bestreiten können.

Justiz wird moderner

Der Modernisierungsprozess bei der Justiz schreitet voran. Darauf verwies der Justizminister. Die Opposition führte Klage darüber, dass es an Plätzen in den Haftanstalten mangle.

Rainer Lux (CDU) sagte, seit Jahren seien die Haftanstalten in NRW überbelegt. In den 38 Justizvollzugsanstalten des Landes hätten sich Mitte des Jahres ungefähr 18 600 Gefangene befunden, und das bei einer Be-

legungsfähigkeit von etwa 17 500 Haftplätzen. Für die kommenden Jahre werde eine Jahresdurchschnittsbelegung von rund 18 800 Gefangenen erwartet. Das sei eine dramatische Entwicklung, die nicht über Nacht eingetreten sei. Seit Jahren paralysiere sich die Koalition selber durch die Koalitionsvereinbarung, in der festgeschrieben sei, dass es einen Zubau von Haftplätzen nicht gebe.

Robert Krumbein (SPD) erklärte, der Einzelplan des Justizministers wachse mit drei Prozent deutlich stärker als der gesamte Landeshaushalt, 5,5 Milliarden Mark stelle das Land insgesamt für die Justiz bereit, das seien sechs Prozent des Haushaltsvolumens. Dieser Betrag sei zu gut 70 Prozent zur Finanzierung von Personal bereitgehalten, aber auch der investive Bereich komme nicht zu kurz. Für den Neubau und die Sanierung von Gebäuden im Gerichtsbereich stünden 90 Millionen Mark an Barmitteln und 100 Millionen Mark Verpflichtungsermächtigungen bereit. Zur Situation bei den Vollzugsanstalten sagte der Abgeordnete, für Neubau und Erweiterung stünden 65 Millionen Mark als Barmittel und 166 Millionen Mark als Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre bereit.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, betonte, man habe mit diesem Justizhaushalt die Reformbemühungen, die es vor allen Dingen seit fünf Jahren gebe, vertieft und weitergeführt. Er freue sich, dass man mit der Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs in NRW nicht nur im Jugend-, sondern auch im Erwachsenenstrafrecht inzwischen auch nach Untersuchungen des Max-Planck-Instituts europaweit führend sei. Nordrhein-Westfalen nehme hier eine Vorbildstellung ein. „Ich sage Ihnen: Da kann sich die nordrhein-westfälische Justizpolitik sehen lassen. Da bieten wir ein Beispiel.“

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) erklärte zum Modernisierungsprozess, Ziel sei eine umfassende Reform der Justizverwaltung. Man könne bereits beachtliche Erfolge verzeichnen. Er nannte als Beispiel die Einrichtung von Serviceeinheiten, die Ausstattung der Justiz mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik, den Einsatz neuer Steuerungsmodelle und nicht zuletzt die Verbesserung der Unterbringung vieler Justizeinrichtungen, insbesondere bei den Gerichten in Düsseldorf, Hamm, Bonn, Dortmund, Lünen und Langenfeld so-



Etat des Justizministeriums wächst: v.l. Rainer Lux (CDU), Robert Krumbein (SPD), Roland Appel (GRÜNE) und Justizminister Jochen Dieckmann (SPD).

wie den Neubau von neuen Justizvollzugsanstalten in Aachen und Gelsenkirchen-Feldmark.

Landtag

Der Einzelplan 01 des Landtags enthält einen Titel, aus dem Hilfsprojekte für den palästinensischen Autonomiebereich finanziert werden.

Gisela Walsken (SPD) richtete das Augenmerk auf ein rot-grünes Projekt, „das uns sehr am Herzen liegt“. Es gehe um ein Projekt in den palästinensischen Autonomiegebieten. Seit 1999 stelle man da Geld ein, 50 000 Mark. Mit diesen Mitteln seien im vergangenen Jahr eine Baumaßnahme zur Errichtung eines Frauenzentrums in einem Flüchtlingslager ermöglicht worden. Man habe auch für das nächste Jahr wieder 50 000 Mark für ein Projekt in dem problematischen Autonomieraum eingestellt.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, hielt es für ein politisches Signal, dass es seit längerer Zeit eine deutsch-palästinensische Parlamentariergruppe gebe und dass im Rahmen dieser Tätigkeit diese Projekte in Palästina als ein Beitrag zum Frieden in Nahost, zur Versöhnung, zur Völkerverständigung und auch zur Gleichstellung, gerade in einem arabischen Land, geleistet würden.

Stellenpläne

Um die Personalstellen des Landes ging es bei der Aussprache über Stellenpläne. Zum Abbau von kw-Vermerken kam auch die Altersteilzeit zur Sprache. Sie werde noch viel zu wenig in Anspruch genommen, hieß es.

Peter Bensmann (CDU) sagte, da dieses die letzte Rede sei, die 15. vom Personalhaushalt, möchte er auch einmal die letzten 15 Jahre kritisch unter die Lupe nehmen. 1975 habe man 340 750 Personalstellen gehabt. 1980, damals sei noch Schlußers Vorgänger Posser Finanzminister gewesen, habe man 334 400 gehabt, das heiße, er habe in fünf Jahren etwa 4 500 Stellen abgebaut. Bensmann wandte sich direkt an den Finanzminister: „Seitdem Sie in der Verantwortung sind, bis zum Jahre 1998, waren es 345 000, und Sie haben es geschafft, entgegen allen Beteuerungen, den Personalumfang um 9 000 Stellen zu vermehren. Das sind die Fakten.“ Das ehrgeizige Ziel — der Ministerpräsident habe gesagt, er wolle in dieser Legislaturperiode 20 000 Stellen abbauen — sei überhaupt nicht erreicht. Im Gegenteil: In den letzten fünf Jahren weniger als ein Prozent Personalabbau.

Gisela Walsken (SPD) machte für die SPD-Fraktion deutlich, „wo wir den roten Faden für die nächsten Jahre, für den Übergang ins Jahr 2000 sehen“. Nach wie vor sei klar, dass die Begrenzung der Personalkosten der entscheidende Faktor in der Konsolidierung des Landeshaushalts bleiben werde. Man habe bereits mit abgeschlossenen Organisations- und Strukturuntersuchungen ein Paket von fast 14 000 kw-Stellen gepackt. Mit 5 400 kw-Vermerken habe man im



Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Laurenc Meyer (l.), ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) übergab in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Der Vizepräsident erläuterte in seiner Laudatio, der Diplom-Volkswirt Laurenc Meyer habe sein politisches Rüstzeug beim Bundestagsabgeordneten Professor Rinsche erhalten, für den er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Wahlkreisassistent gearbeitet habe. 1975 habe er seinen politischen Werdegang in der Kommunalpolitik begonnen und sei bis 1995 Mitglied im Rat der Stadt Hamm und von 1989 an Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion und 1994 auch Oberbürgermeisterkandidat gewesen. 1990 sei er Abgeordneter des Landtags geworden, und der Start sei zugleich zum Senkrechtstart geworden, da nach Ausscheiden der Wirtschaftsexpertin Christa Thoben eine der wichtigsten Funktionen, die des wirtschaftspolitischen Sprechers, vakant gewesen sei. Inzwischen sei er auch zum Hauptabteilungsleiter in der VEW-Energie AG, Bezirksdirektion Arnsberg, avanciert. 1997 habe ihn die Fraktion zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Neben dem Wirtschaftsausschuss habe sein Augenmerk der 1996 eingesetzten Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ gegolten. Seit 1998 leite er den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II, der sich mit dem Technologiezentrum Oberhausen (HDO) befasse. 1999 sollte dann laut Vizepräsident Laurenc Meyers größtes politisches Erfolgswort werden. Die CDU-Fraktion habe ihn zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Seit 1995 sei er ferner Landesschatzmeister der CDU Nordrhein-Westfalen.

Foto: Schälte

vergangenen Jahr ein gutes Ergebnis erzielt. Aber man sei auch der Meinung, „dass wir da noch zulegen können, dass das nicht ausreicht“. Deshalb werde man den Prozess weiter beschleunigen. Man werde unter anderem den Ausbau der Altersteilzeit vorantreiben. Es gehe jetzt hervorragenderweise um die Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) erinnerte daran, im Vergleich zur Bevölkerungszahl falle die Zahl der Beschäftigten in den Landesverwaltungen für Nordrhein-Westfalen sehr günstig aus. Für kein anderes Bundesland ließen sich niedrigere Relationszahlen feststellen. Zur Altersteilzeit sagte Frau Herrmann, die Inanspruchnahme vollziehe sich nur sehr zurückhaltend. Im ersten Halbjahr 1999 hätten insgesamt nur 255 Beschäftigte diese Regelung in Anspruch genommen. Viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier bedauerten dies, „da im Unterschied zur Landesregierung viele von uns in der Altersteilzeit nicht nur ein Mittel zur Beschleunigung des Abbaus von kw-Vermerken, sondern auch ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument sehen“. Als Gründe für die

geringe Inanspruchnahme nannte die Abgeordnete finanzielle Aspekte, die Vollzeitklausel und die Konkurrenz durch die 58er-Regelung.

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) sagte zur Forderung des Kollegen Bensmann, die Lehrer zu entbeamen: „Das finde ich beeindruckend. Sie sind, glaube ich, einer der wenigen CDU-Vertreter, die das öffentlich fordern. Ich finde, das ist eine spannende Geschichte. Wir können uns einmal ansehen, was dabei herauskommt.“ Aber Bensmanns Aussage, dass sich alle Fachleute einig seien, Angestellte seien billiger als Beamte, stimme nicht. Niemand könne das mit letzter Sicherheit sagen, es sei denn, er gehöre zu den Hochqualifizierten, die schon heute die Zinsen in dreißig Jahren kennen würden: denn dann könnte man definitiv sagen, wer billiger sei: Beamte oder Angestellte. „Da ich vermute, dass Sie die Zinsentwicklung der nächsten 30 Jahre nicht kennen, können wir das heute abschließend nicht entscheiden“, folgerte der Minister.

(Die Berichterstattung über die 2. Lesung des Haushalts wird im Januar fortgesetzt.)

Nach Beschwerde eines Betriebsprüfers Dienstwagen statt mehr Reisekosten

Wegen des ab Januar 1999 gültigen neuen Reisekostenrechts wandte sich ein Betriebsprüfer an den Petitionsausschuss mit der Beschwerde, ihm entstehe dadurch eine Mindererstattung von rund 3 600 Mark pro Jahr.

Der Betriebsprüfer erläutert, er wohne mehr als 30 Kilometer entfernt von seiner Dienststätte, die er jedoch nie aufsuche. Dort stehe auch kein Arbeitsraum für ihn zur Verfügung. Das neue Reisekostenrecht verlange jedoch, Wegstreckenentschädigungen bei Dienstfahrten nur noch ab der Dienststätte zu erstatten. Die beiden von ihm häufig angefahrenen Prüfungs- bzw. Geschäftsorte lägen näher zum Dienst- als zum Wohnort, so dass ihm im ersten Halbjahr 1999 rund 3 800 dienstlich gefahrene Kilometer nicht vergütet worden seien. Er bitte deshalb das Finanzamt für Konzernbetriebsprüfung, ent-

weder Dienstreisen ab Wohnort zu genehmigen oder als abweichenden Dienstort das Wohnsitzfinanzamt anzuerkennen. Das vom Petitionsausschuss um Stellungnahme gebetene Finanzministerium befand, seinem Antrag auf Kostenerstattung ab Wohnort könne nicht stattgegeben werden. Die neue gesetzliche Regelung trage dem Sparsamkeitsprinzip Rechnung und beschränke die Kostenerstattung auf den unbedingt notwendigen Umfang. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte gingen grundsätzlich zu Lasten der Beschäftigten. Der Dienstherr verletzte seine Für-

sorgepflicht nicht, denn ein Beschäftigter, der aus persönlichen Gründen seinen Wohnort außerhalb des Einzugsgebiets (weniger als 30 Kilometer von der Dienststätte entfernt) wähle oder beibehalte, könne sich nicht auf Beeinträchtigung persönlicher Belange aus fiskalischen Gründen berufen. Die Voraussetzungen für die Zuweisung eines abweichenden dienstlichen Wohnsitzes lägen nicht vor, da sich seine Prüfungstätigkeit auf den gesamten Oberfinanzbezirk erstreckte.

Im Übrigen sei dem Anliegen des Petenten dadurch Rechnung getragen worden, dass ihm ein Dienstwagen zur alleinigen Nutzung zugewiesen worden sei. Der Petitionsausschuss übersandte dem Betriebsprüfer diese Stellungnahme und teilte ihm mit, der Landtag werde nach Vorlage des Erfahrungsberichts der Landesregierung über notwendige Änderungen im Reisekostenrecht beraten und beschließen.

Im Erfahrungsbericht zum Landesreisekostengesetz (Vorlage 12/3032), verteidigt der Finanzminister die umstrittenen Neuregelungen und hält einige Änderungen für sinnvoll, die durch eine Rechtsverordnung vorgenommen werden könnten. Der NRW-Landesverband des Deutschen Beamtenbunds begrüßt dies (Zuschrift 12/3505), hält aber in seiner Stellungnahme zum Erfahrungsbericht vom 14. Dezember die Behauptung, Unsicherheiten und Kritik am neuen Reisekostenrecht gingen zurück, für eine Fehleinschätzung. Zur 30-Kilometer-Grenze weist er darauf hin, dass die Neuregelung immer nur zugunsten des Dienstherrn gelte und gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoße.

Der Haushalts- und Finanzausschuss nahm in der Sitzung am 2. Dezember den Sachstandsbericht des Arbeitsministeriums zur START Zeitarbeit GmbH (Vorlage 12/3045) entgegen, der jährlich zu den Haushaltsberatungen vorzulegen ist. Das professionelle Personaldienstleistungsunternehmen arbeite seit 1997 kostendeckend, heißt es in dem Bericht. Das Geschäftsjahr 1998 habe mit einem Umsatz von 93,5 Millionen Mark abgeschlossen. Zur Abschubfinanzierung durch Bund und Land von 17 Millionen Mark als Darlehen seien 1999 noch EU-Mittel für Qualifizierung von Leiharbeitskräften und Mittel des Bundesfrauenministeriums für die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gekommen. Damit seien Gabelstaplerscheine, Schweißprüfungen und Grundausbildungen in der Metall-, Holz- und Kunststoffbearbeitung finanziert worden.

Von den 30 Niederlassungen in NRW seien Recklinghausen geschlossen, Anfang 1999 neue Niederlassungen in Olpe und Münster eröffnet worden. 8 918 zuvor Arbeitslose seien seit 1995 als Leiharbeitskräfte eingestellt worden. Rund 46 Prozent von ihnen hätten einen Arbeitsvertrag erhalten, darunter 1 646 Leiharbeitskräfte, die vor ihrer Einstellung zu den Schwervermittelbaren gezählt hätten. Die Übernahmen bestätigten das „Tragwellenprinzip“: Stärkere nehmen Schwächere mit.

Der Bericht merkt an: Wenn Leiharbeitskräfte sehr schnell übernommen würden, amortisierten sich die Kosten der START GmbH nicht. Bei gering Qualifizierten sei die Firma kaum wettbewerbsfähig, da hier der Unterschied zwischen tariflicher Entlohnung und der bei Arbeitnehmerüberlassung am größten sei.

Haushaltsausschuss Schlussberatung

Der Haushalts- und Finanzausschuss nahm in der von Vorsitzendem Volkmar Klein (CDU) geleiteten Schlussberatung des Haushaltsgesetzes 2000 zur 3. Lesung noch fünf Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und eine von allen drei Fraktionen beantragte Mehrausgabe für den 4. Untersuchungsausschuss in Höhe von 442 000 Mark an, aus der globalen Minderausgabe im Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) zu erwirtschaften. Zur globalen Minderausgabe hat Erwin Siekmann (SPD) das Finanzministerium, die Aufteilung der Beträge auf die Ressorts unter Berücksichtigung der disponiblen Mittel und der Erfolge durch Aufstockungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorzunehmen. Die Fraktionen der CDU und

der GRÜNEN unterstützten dieses Anliegen, Johannes Rimmel (GRÜNE) bat jedoch um eine gleichmäßige Verteilung der Einsparungen auf die Ressorts.

Ein Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN zur Personalagentur zielte darauf ab, die Stellen der allgemeinen Verwaltung an Hochschulen zwar, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, an Vorschläge der Personalagentur zu binden; wenn allerdings innerhalb von vier Wochen keine Einigung über einen geeigneten Besetzungsvorschlag möglich sei, der Hochschule die Einstellung zu ermöglichen, ohne die Besetzungssperre von 24 Monaten abwarten zu müssen. CDU-Sprecher Helmut Diegel meldete Bedenken an, in Streitfällen das Wissenschafts- und das Finanzministerium über die Eignung verhandeln zu lassen und fragte, wie das mit der gestärkten Autonomie der Hochschulen in Einklang zu bringen sei. Die Koalitionsfraktionen weichteten die Regelungen der Personalagentur wieder auf, indem sie Kompromisse für Einzelbereiche fänden.

Einer Erhöhung des Titels „Zuwendungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe zur Abwendung der Existenzgefährdung als Folge von Naturkatastrophen“ um 250 000 Mark im Haushalt des Agrarressorts stimmten alle Fraktionen zu. Zur Begründung wurde auf die extrem hohen Niederschläge im September und Oktober 1998 verwiesen.

Zum 16. Subventionsbericht des Landes NRW (Vorlage 12/2851) erneuerten Dr. Renate Düttmann-Braun und Helmut Diegel die Kritik der CDU an mangelhafter Erfolgskontrolle bei hohen Subventionen. Staatssekretär Ernst Gerlach bemerkte, es gehe um Messzahlen für schwer quantifizierbare Förderergebnisse, ein Problem, das bundesweit noch nicht gelöst sei. Ergebnisse des breit angelegten Controllings würden Mitte nächsten Jahres vorgelegt.

Zu dem geplanten Bürgerinformationszentrum in der Staatskanzlei gab es erneut kritische Fragen der Opposition. Den Bedenken der CDU, es könne sich um ein Instrument für den Landtagswahlkampf handeln, widersprach ein Vertreter der Staatskanzlei. Der Vertreter des Wissenschaftsministeriums berichtete, die Landeszentrale für politische Bildung stelle dem „Call Center“ ein Drittel ihrer neu gemieteten Fläche im Stadttor zur Verfügung.

Gleichstellungsgesetz:

„Kritik des Städtetages nicht gerechtfertigt“

„Wir haben die Gleichstellungsbeauftragten in ihren Rechten gestärkt, sie unabhängiger gemacht, damit der Gleichstellungsauftrag nicht eine Frage tages- oder parteipolitischer Aktualität wird sondern ständige Aufgabe auch kommunaler Politik bleibt.“ Mit dieser Feststellung weist die SPD-Sprecherin im Ausschuss für Frauenpolitik, Helge Giebelmann, die Kritik des NRW-Städtetags am Landesgleichstellungsgesetz zurück. Der Deutsche Städtetag solle ruhig einmal den Blick über die Landesgrenzen wagen, empfiehlt die Abgeordnete. In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen könne die Gleichstellungsbeauftragte schon seit langem durch „die Kraft des Arguments“ für die Gleichstellung von Frau und Mann in der Gemeindeverwaltung und der Öffentlichkeit eintreten, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 1994 bestätigt habe.

FCL-BILANZ 1999: Mut zur Zukunft zahlt sich aus

Nach den niederschmetternden Resultaten der vergangenen Saison, in der ein einziger Sieg in 16 Spielen gelang, kann der FC Landtag NRW zufrieden, wenn nicht voller Stolz die Bilanz der Spielzeit 99 lesen. Der FCL beschloss die letzte Saison des Jahrtausends mit sieben Siegen, drei Unentschieden und vier Niederlagen. Von 42 möglichen Punkten in 14 Begegnungen holte der FCL 24. Auch das Tor-Verhältnis ist mit 43 zu 38 positiv: ein beachtlicher Torerdschnitt von 3,3 Periode.

Zum Saisonauftakt gab es im April 99 in Medebach allerdings zunächst eine Niederlage von 4:6 gegen das Team des WDR-Südwestfalen. Aber schon hier präsentierte sich eine im Vergleich zum Vorjahr gewandelte Parlamentsmannschaft: kämpferisch, spielfreudig, kombinationsicher, von hoher Moral und festem Charakter. Der Weg zum Erfolg war unter diesen Umständen beinahe vorgezeichnet. In den folgenden sechs Spielen blieb der FCL ungeschlagen: fünf Siege; nur die Journalisten Gelsenkirchens konnten dem stark auftrumpfenden Team

ein Unentschieden abtrotzen. Im Laufe dieses Triumphzuges wurden die starken Mannschaften des Hessischen Landtags im Frankfurter Waldstadion und des Sächsischen Landtags im Kölner Südstadion bezwungen.

Torschützenkönig

Nach der Siegesserie allerdings erhielt der FCL eine schmerzende Kopfnuss in Form einer 1:8-Niederlage durch das Team von NE-ws 89,4. Es blieb bei diesem einen spektakulären Ausrutscher, denn unmittelbar nach dem Desaster schlug der FCL in überaus überzeugender Weise die Elf von Wings mit 7:2. Damit war die Scharte ausgewetzt: Die höchste Niederlage und der höchste Sieg ereigneten sich innerhalb von drei Tagen. Und das torreichste Spiel der Saison folgte auf dem Fuße – ein 8:9 gegen die Sportschule Wedau. Schließlich endete das letzte Spiel des Jahres scheidlich friedlich mit 0:0. Gegner war immerhin der

spätere Sieger des Hallenturniers der Landesregierung, des Landesrechnungshofes und des Landtags, das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit. Säulen des FCL-Erfolges waren einmal mehr Präsident und Teamchef Günter Langen sowie Schatzmeister Hans Kraft. Gestützt von Rolf Seel, Bernhard Tenhumberg, Thomas Mahlberg, Michael Breuer, Oliver Wittke und dem Altinternationalen Rainer Maedge entfachten sie ein fußballerisch-parlamentarisches Feuerwerk, von dem die gesamte übrige Mannschaft profitieren konnte. Werner Mayer wurde, wie in der letzten Saison, mit acht Treffern Torschützenkönig; wiederum gefolgt von seinem Sprössling Thomas, der fünfmal einlochte. Jürgen Cosse, Jens Harmeier, Heiko Lenk und Dirk Stopp versenkten den Ball immerhin jeweils viermal im gegnerischen Tornetz. Und Letzterer bewies seine Multitalente auch noch im Tor, das außerdem bravourös von Wolfgang Hamann und Jupp Siebert gehütet wurde. Spielertrainer Wolfgang Euteneuer hat den FCL ein großes Stück nach vorne gebracht: Mut zur Zukunft zahlt sich eben aus.

Ausstellung „Givat Haviva“ und „Bergische Woche“ im Landtag



Die Ausstellung „Givat Haviva – Frieden braucht Verständigung“ des Vereins „Givat Haviva Deutschland e.V.“ hat Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose am 13. Dezember in der Eingangshalle des Landtags eröffnet (Bild links). Auf 30 Schautafeln wurde die Arbeit von Givat Haviva seit der Gründung als Weiterbildungszentrum der Kibbutz-Bewegung Ha'artzi in Israel bis in die Gegenwart dokumentiert. Der Vizepräsident wies darauf hin, Givat Haviva sei eine Institution, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiere und damit gerade ein Jahr jünger sei als der Staat Israel selbst. Diese Institution sei entstanden als Weiterbildungszentrum der Kibbutz-Arzi-Bewegung, des Dachverbandes von rund 85 angeschlossenen Kibbutzim. Heute stelle Givat Haviva mit seinen vielfältigen Aktivitäten eine der wichtigsten Brücken für die jüdisch-arabische Verständigung in Israel und Palästina dar. Besonders beeindruckt habe ihn, dass die Arbeit von Givat Haviva auf allen Ebenen gleichberechtigt von Arabern und Juden gestaltet werde sowie geprägt sei von der Vision, dass wirklicher Friede in dieser Region nicht von der „großen Politik“, sondern nur von den „einfachen“ Menschen gemacht werde. Diese Grundprinzipien spiegelten sich in allen Arbeitsfeldern der Institution wider. Klose hob das Projekt „Children teaching children – Kinder lehren Kinder“ hervor, weil es in diesem Jahr eine besondere Anerkennung erfahren habe. Es sei aus vielen Programmen für die EXPO 2000 in Hannover ausgewählt worden. Der Vizepräsident äußerte sich ferner zu der Frage, warum der Landtag diese Ausstellung präsentiere. Als Land NRW unterstütze man die Arbeit von Givat Haviva seit 1993. Die Ausstellung dokumentiere die Ergebnisse des Finanzmitteleinsatzes. Darüber hinaus wolle die Ausstellung dazu anregen, aus der Arbeit und den Erfahrungen von Givat Haviva zu lernen. Erste positive Ansätze bestünden durch eine Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsstellen für ausländische Kinder und Jugendliche in NRW. Ausstellungsbegleitend fand eine Diskussionsrunde statt. Associate Director of Givat Haviva Educational Foundation, Danny Wieler, sprach zur 50-jährigen Erfahrung von Givat Haviva. Zur Unterstützung aus Sicht des Landes äußerten sich die Abgeordneten Annegret Krauskopf (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Ilka Keller (CDU). Das Bild zeigt Dr. Klose am Pult sowie v.l. die Abgeordneten Erika Rothstein (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber sowie Danny Wieler. — Eine „Bergische Woche“ war die vergangene Woche im Landtag (Bild rechts). Auf dem Speiseplan des Landtagsrestaurants stand nicht nur die „Bergische Küche“, es wurden auch typische Produkte des Bergischen Landes und touristische Angebote dieser reizvollen Urlaubsregion präsentiert. Zudem fand im Beisein von Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (SPD, Mitte) am 14. Dezember eine Präsentation statt, an der auch leitende Persönlichkeiten der Touristikverbände sowie des Hotel- und Gaststättenverbandes teilnahmen. Fünf Köche aus dem Bergischen stellten Köstlichkeiten ihrer Heimat vor. Thomas Koch vom Haus in der Straßen in Solingen Schloss Burg bereitete u. a. „Original Bergische Kottenbutter“, Peter Striepen vom Haus Striepen in Solingen Schloss Burg u. a. „Graupensuppe mit Bergischer Mettwurst und Mohnbrot“, Werner Kiesling vom Hotel Zur Post in Wiehl u. a. „Kartoffelsuppe mit Croutons“, Helmut Wottrich vom Hotel Landhaus Wirth in Marienheide-Rodt u. a. „Bergische Potthucke“ sowie Christopher Wilbrand vom Hotel Zur Post in Odenthal die „Süße Karawane“, ein Kürbisparfait mit Apfelschaum und anderen Leckereien.

Fotos: Schälte

Rückblick 1999

Weiter Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Der Landtag hat im letzten Jahr vor der Jahrtausendwende ein umfangreiches Arbeitsprogramm absolviert. Allein bis zum 1. Dezember wurden 17 Gesetze verabschiedet. Vor der Weihnachtspause schloss sich dann noch die Verabschiedung des Haushalts 2000 an. Unter den verabschiedeten Gesetzen waren u. a. das Versorgungsfondsgesetz, das Erste Modernisierungsgesetz, das Schulrechtsänderungsgesetz, das Maßregelvollzugsgesetz, das Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften, eine Novelle zum Wohnungsbauförderungsgesetz, das Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung, eine Novelle zum Kunsthochschulgesetz, das Nachtragshaushaltsgesetz 1999, das Gesetz zur Landesbauordnung, das Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes sowie das Landesgleichstellungsgesetz. Insgesamt wurden bis zum Stichtag 1. Dezember 31 Gesetzentwürfe behandelt. 24 Plenarsitzungen fanden statt. Es ergingen 22 mündliche Anfragen und 281 kleine Anfragen. Die Zahl der großen Anfragen belief sich auf drei, die der Anträge auf 53 und der Entschließungsanträge auf 30. Bis 1. Dezember fanden 18 aktuelle Stunden statt. Sie spiegeln wider, was die Politik 1999 bewegt hat: Gefährdung der Arbeitsplätze, Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene, Erneuerung im Wissenschaftsbereich, Verwaltungsmodernisierung, Fluchtproblematik im Zusammenhang mit dem Krieg im Kosovo, Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, Garzweiler II und der Energiemarkt auch im Zusammenhang mit Einwirkungen der Bundespolitik, u. a. der Öko-Steuer, Ordnungspartnerschaften und die Paragraph 218-Beratung.

14. Januar

Bei seiner ersten Sitzung im neuen Jahr wählte der Haushalts- und Finanzausschuss den CDU-Abgeordneten Volkmar Klein einstimmig zum neuen Vorsitzenden als Nachfolger von Leo Dautzenberg, der in den Bundestag gewechselt war.

27. Januar

Der Landtag gedachte in einer Plenarsitzung der Opfer des Nationalsozialismus. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hielt eine Ansprache, in der er darauf verwies, dass kein Schlussstrich gezogen werden dürfe.

19. Januar

An den Petitionsausschuss wenden sich ständig ausländische Bürgerinnen und Bürger mit Bleiberechtsproblemen. In einer Sitzung hatten die Abgeordneten über 74 bearbeitete Fälle zu entscheiden, davon 23 Abschiebungen und vier Ausweisungen.

19. Januar

Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II, dem sogenannten HDO-Ausschuss, unter der Leitung seines Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) sagte der Oberhausener Oberbürgermeister Burkhard Drescher als Zeuge aus. Es war die erste von zahlreichen Sitzungen im neuen Jahr.

21. Januar

Der Hauptausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) befasste sich mit einem heiklen Thema. In einer Anhörung zu Kindesmissbrauch und Kinderpornographie bekräftigten Experten, dass das Medium Internet nicht kontrollierbar sei. Dennoch hinterließen Täter in Datennetzen elektronische Spuren.

26. Januar

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle unter dem Vorsitz von Rolf Seel (CDU) besuchte den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband in Düsseldorf und ließ sich von dessen Präsidenten Dr. Karlheinz Bentele über die Bilanzsumme der angeschlossenen Institute informieren: 238 Milliarden Mark.

28. Januar

In einer Regierungserklärung bot die Landesregierung den Hochschulen des Landes einen Qualitätspakt an. Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) stellte mehr Eigenverantwortlichkeit und Planungssicherheit in Aussicht.

2. Februar

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linsen erläuterte vor seiner Fraktion die Gründe für seinen Rücktritt als Oppositionsführer. Zu seinem Nachfolger wurde der CDU-Wirtschaftsexperte Laurenz Meyer gewählt.

3. Februar

Mit dem Stadterneuerungsprogramm 1999 beschäftigte sich der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Adolf Retz (SPD). Städtebauministerin Ilse Brusis (SPD) und Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) gingen auf die Zielvorstellungen ein.

4. Februar

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung unter seiner Vorsitzenden Ingrid Fitzek (GRÜNE) setzte auch 1999 seine Besuche und Gespräche an den Hochschulen des Landes fort. Diesmal war Dortmund Ziel der Aussprache.

24. Februar

Die CDU hatte befürwortet, Konsequenzen aus Abiturvergleichen zu ziehen und Vergleichbarkeit durch zentrale Prüfungen zu gewährleisten. Schulministerin Gabriele Behler (SPD) lehnte indessen vor dem Schulausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Meyers (CDU) eine zentrale Prüfung beim Abitur ab.

26. Februar

Über den Sachstand beim Tagebauprojekt Garzweiler II informierte sich der Grubenausschuss bei einem von Eberhard Sohns (SPD) geleiteten Besuch bei Rheinbraun. Vorstandsvorsitzender Dr. Dieter Henning bezeichnete die wasserrechtliche Erlaubnis vom 30. Oktober 1998 als Voraussetzung für die Planungssicherheit des Unternehmens.

10. März

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD)

brachte den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung im Landtag ein. Behrens zählte vier Reformfelder auf: Aufgabenkritik, Binnenmodernisierung der Behörden, Optimierung des Verwaltungsaufbaus sowie Unterstützung der Kommunen.

24. März

In einer aktuellen Stunde auf Antrag der SPD debattierte das Parlament über die Auswirkungen europäischer Politik auf das Land Nordrhein-Westfalen. Dabei wurden Erwartungen an die Neuregelung des Strukturfonds als Teil der Agenda 2000 laut. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) stellte fest, die Agenda 2000 diene nicht zuletzt der Vorbereitung der Mitgliedschaft osteuropäischer Länder.

24. März

Als neuer Justizminister des Landes wurde Jochen Dieckmann (SPD) von Landtagspräsident Ulrich Schmidt vereidigt. Der 51 Jahre alte Volljurist war zuvor Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Mit dem neuen Mann kam ein ausgewiesener Verwaltungsexperte ins Kabinett von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).

29. April

Über die Auswirkungen der Agenda-Beschlüsse auf die ländliche Strukturförderung und den Stand der Planungen im Land ließ sich der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter seinem Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU) von der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Bärbel Höhn (GRÜNE), informieren. Sie verwies darauf, dass die Europäische Union die flächendeckende Strukturförderung im ländlichen Raum weiter ausbauen werde.

29. April

Die CDU forderte im Hauptausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) endlich ein zweites Programm für den nordrhein-westfälischen Lokalfunk einzurichten. Die Fraktionen einigten sich darauf, einen runden Tisch einzuberufen, der sich schwerpunktmäßig um eine bessere Versorgung des Lokalfunks mit Frequenzen kümmern sollte.

5. Mai

Europa müsse mehr sein als eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der allenfalls mehr oder weniger solidarische Finanztransfers organisiert würden. Diese Feststellung traf der erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, im Landtag zum 50. Europatag. Klose regte an, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik müsse viel stärker in den politischen Mittelpunkt rücken.

6. Mai

Für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo machten sich die GRÜNEN in einer von ihnen beantragten aktuellen Stunde stark. Bei der Debatte wurde deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Aufnahmebereitschaft über der anderer Staaten liege, in dessen brauche man auf europäischer Ebene einen Verteilerschlüssel.

11. Mai

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Landesbauordnung war Gegenstand einer Anhörung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Adolf Retz (SPD). Der Mindestabstand zwischen Nachbargrundstücken stand zur Debatte, aber auch die Richtwerte für Stellplatzzahlen und die gesetzliche Rückkehr des Bauleiters.

19. Mai

Eine Beratung über die Auswirkungen der Computer-Umstellung 2000 auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft stand im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter der Leitung seiner Vorsitzenden Hannelore Brüning (CDU) an. Die Landesregierung nannte drei Bereiche, in denen die Umstellung vorbereitet werde: Energieversorgung, Flugsicherheit und Straßenbauverwaltung.

20. Mai

Im Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) wurde die Entscheidung bekannt gegeben: Die Vertretung des Landes beim Bund in Berlin zieht in einen Neubau ein. Ausführen wird ihn ein Düsseldorfer Architektenteam. Der Baubeginn ist für das kommende Frühjahr veranschlagt. Am 1. September 2001 soll das Gebäude im Berliner Tiergarten bezugsfertig sein.

1. Juni

Mit Medienbildung in den Schulen Nordrhein-Westfalens befasste sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung in einer Anhörung. Ein Professor aus Bremen riet dazu, jeder Schülerin und jedem Schüler ein Notebook von Staats wegen und unter finanzieller Beteiligung der Eltern zur Verfügung zu stellen. Klage wurde darüber geführt, das deutsche Bildungswesen nehme die Computerisierung der Gesellschaft fast oder überhaupt nicht zur Kenntnis.

9. Juni

Der Landtag verabschiedete in zweiter Lesung das erste Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung. Nach Regierungs- und Koalitionsvorstellungen sollten die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen erweitert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und neue Modelle der Aufgabenwahrnehmung ermöglicht werden. Die Opposition sah falsche Weichenstellungen.

11. Juni

Am Ende der letzten Plenarsitzung vor den Parlamentsferien verabschiedete der Landtag den dienstältesten Landtagsabgeordneten und früheren Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, der zum Bundespräsidenten gewählt worden war. Für das Parlament würdigte Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Verdienste Raus und seine Rolle als Landesvater. Johannes Rau selbst schloss, ein Stück von ihm bleibe in diesem Land.

14. Juli

Der Landtag trug einem Urteilsspruch des Verfassungsgerichtshofs Rechnung und hob in einer Sondersitzung die Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Kommunalwahlen auf. Dazu mussten die Abgeordneten aus

ihren Urlaubsorten zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Die Änderung wahlrechtlicher Vorschriften wurde auch als Beitrag zur Chancengleichheit kleinerer Parteien gesehen.

14. Juli

Der Landtag verabschiedete einstimmig das Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften und schaffte damit die Fünf-prozentsperrklausel bei Kommunalwahlen ab. Nordrhein-Westfalen war damit das achte Bundesland, das diesen Schritt vollzog. Das Parlament nahm damit das Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster vom 6. Juli 1999 auf und setzte es „positiv“ um, wie es hieß.

12. August

Der Landtag setzte den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss III ein. Er erhielt den Auftrag, alle Vorgänge und Missstände in Bezug auf das Technologiezentrum HDO in Oberhausen seit dem 24. September 1998 zu untersuchen. Er setzte damit den Auftrag des Untersuchungsausschusses II fort.

19. August

Der Hauptausschuss führte eine Anhörung zu dem CDU-Antrag durch, endlich ein zweites Programm für den Lokalfunk im Land zu ermöglichen. Bei dem Hearing kam die Frequenzversorgung zur Sprache, die von der Opposition, aber auch von den Lokalsendern als nachteilig für den Lokalfunk empfunden wurde. Gleichzeitig machten Medienfachleute deutlich, dass es mit den Lokalfunkstationen zwischen Rhein und Weser wieder bergauf geht.

25. August

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) brachte den Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 mit einem Volumen von 93,4 Milliarden Mark in den Landtag ein und legte in Verbindung damit die mittelfristige Finanzplanung des Landes für die Jahre von 1999 bis 2003 vor. Zur Deckung der Ausgaben wurde das Finanzministerium zu Kreditaufnahmen bis zu 7,2 Milliarden Mark ermächtigt.

1. September

Die 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 2000 wurde von allen Fraktionen genutzt, um auf aktuelle politische Ereignisse einzugehen. So forderte die CDU-Opposition den Finanzminister auf, im Bundesrat das 30-Milliarden-Sparpaket der Bundesregierung abzulehnen. Von der SPD wurde darauf hingewiesen, dass man sich bei der Verschuldungspolitik auf die Einnahmeprognosen der Regierung Kohl im Jahre 1995 verlassen habe. Die GRÜNEN vertraten die Auffassung, mit dem Landeshaushalt 2000 setze man auch Akzente für den Aufbruch in ein neues Jahrhundert.

2. September

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler brachte das Gesetz über die Hochschulen des Landes in den Landtag ein, das nach ihren Worten das Hochschulsystem im Land tiefgreifend verändern werde. Sie forderte, man brauche eine solch grundlegende Reform, wenn die deutschen Hochschulen ihre internationale Spitzenstellung erhalten und ausbauen wollten.

29. September

In zweiter Lesung verabschiedete der Landtag einstimmig das Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung. Da mit Geld nicht zu rechnen war, mussten die Fraktionen nach neuen Wegen zur Sicherung der Weiterbildung suchen. Durch Umschichtung eines Teils der Fördermittel soll dafür gesorgt werden, dass das hauptamtliche Personal in den Einrichtungen der Weiterbildung auch zukünftig gesichert bleibt.

21. Oktober

Jahr für Jahr fließt bis zu einer halben Milliarde Mark ins Ausland, weil deutsche Spieler hierzulande keine Wetten auf das Ergebnis von Spielen und sportlichen Wettkämpfen abschließen können. Diesen Mittelabfluss will die Landesregierung durch eine Änderung des NRW-Sportwettengesetzes stoppen. Sachverständige erörterten einen entsprechenden Gesetzentwurf im Ausschuss für Innere Verwaltung.

27. Oktober

Der Ausschuss für Kommunalpolitik hörte in einem öffentlichen Hearing die kommunalen Spitzenverbände sowie die Landschaftsverbände zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2000 an. Dabei wurden viele finanzielle Nöte von Städten und Kreisen angesprochen. Fachleute hielten allerdings die Konsolidierung der kommunalen Haushalte weiter für möglich.

4. November

Mit den vom Ausschuss für Frauenpolitik empfohlenen Änderungen des Regierungsentwurfs verabschiedete das Parlament am 4. November das Landesgleichstellungsgesetz in zweiter Lesung. In artikelgetrennter Abstimmung lehnte die CDU den von der Koalition befürworteten Geltungsbereich über die Landesverwaltung hinaus und eine Änderung der Gemeindeordnung ab, stimmte aber den übrigen Vorschriften zu.

24. November

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigte sich der Landtag in einer Sondersitzung mit den Auswirkungen der vom Bundestag in Berlin verabschiedeten Öko-Steuerreform auf die Braun- und Steinkohle und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Dabei ging es vor allem um die Zukunft des Braunkohleabbaus Garzweiler II. Es gebe nach einem Brief des RWE keinerlei Planungssicherheit, meinte die Opposition. SPD und Ministerpräsident hielten dagegen, Garzweiler II werde kommen und das Kraftwerks-erneuerungsprogramm im Umfang von 20 Milliarden fortgeführt. Die grüne Umweltministerin meinte, die Entscheidung sollte dem Unternehmen überlassen bleiben.

13. Dezember

Der Landtag beriet in zweiter Lesung am 13. und 14. Dezember den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2000 mit den Einzelplänen der Ministerien, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Landtages und des Landesrechnungshofes sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung. Eingeschlossen waren die Beratungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie die Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit. Am 17. Dezember wurde das Haushaltsgesetz 2000 mit den Stimmen der Koalition in dritter Lesung verabschiedet.

SPD-Fraktion

Sportvereine sollen von neuer Sportwette profitieren

Der Sport soll an erster Stelle von den Einnahmen einer neuen Sportwette, der so genannten „Oddset-Wette“ profitieren. Das erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Manfred Dammeyer in der Hauptausschusssitzung des Landessportbundes. Die gesetzliche Grundlage dafür hat der Landtag geschaffen. „Wir hielten das für erforderlich, weil derartige Wetten in anderen europäischen Ländern und mittlerweile auch schon in einigen deutschen Ländern durchgeführt werden und Wetteneinsätze in beträchtlicher Höhe aus Nordrhein-Westfalen abziehen“, erklärte Dammeyer vor dem Landessportbund. Die Erträge aus der neuen Sportwette sollen, außer für sportliche, auch für kulturelle Zwecke oder die Jugendhilfe eingesetzt werden.

Vor dem Hauptausschuss des LSB wies der SPD-Fraktionsvorsitzende darauf hin, dass der Sport in Nordrhein-Westfalen traditionell einen hohen Stellenwert genießt. Im Rahmen seiner finanzpolitischen Möglichkeiten setze das Land im nächsten Jahr einen besonderen Akzent bei der Förderung des Sportstättenbaus der Gemeinden und bei den Zuschüssen für Sportstätten an Schulen. „Die Mittel dafür werden insgesamt um 3,4 Millionen Mark auf 73,8 Millionen Mark erhöht“, berichtete Dammeyer aus den aktuellen Haushaltsberatungen des Landtages. Für den Sportstättenbau der Vereine würden mit sieben Millionen Mark die Mittel in gleicher Höhe wie im laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Für die Bewilligung neuer Baumaßnahmen der Vereine hingegen würden 1,5 Millionen Mark mehr bereitgestellt.

Mit diesen haushaltspolitischen Festlegungen gehe es der Landtagsmehrheit darum, die hervorragende Sportstätteninfrastruktur Nordrhein-Westfalens zu sichern. Dammeyer: „Mit dem erhöhten finanziellen Einsatz des Landes im nächsten Jahr machen wir deutlich, dass wir unsere Anstrengungen um den Erhalt und die Verbesserung dieser Sportstätteninfrastruktur verstärken. Hier müsse aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ein vorrangiger Schwerpunkt der Sportpolitik in den nächsten Jahren liegen. Denn die Ausstattung mit bedarfsgerechten Sportstätten sei für die Entfaltung der Sportvereine von grundlegender Bedeutung. Viele ältere Sportanlagen müssten modernisiert werden. Außerdem erfordere der Mitgliederzuwachs bei den Sportvereinen Erweiterungs- und Neubauten von Sportstätten.“

Daneben würden durch den kombinierten Finanzmitteleinsatz aus der Sportstättenförderung und der Stadtentwicklung Möglichkeiten für Bewegung und Sport im unmittelbaren Wohnumfeld geschaffen. Das sei eine sehr sinnvolle Ergänzung. Kinder und auch ältere Menschen seien auf solche Bewegungsmöglichkeiten in ihrem Lebensumfeld angewiesen. „Damit werden wir neuen Bedürfnissen gerecht und steigern zugleich die Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten“, betonte Manfred Dammeyer.

CDU-Fraktion

Ausländerbeiratswahlen fanden kaum Interesse

Die negative Resonanz bei den Wahlen zum Ausländerbeirat spricht eine deutliche Sprache. Ausländische Mitbürger konnten bei den Kommunal- bzw. Ausländerbeiratswahlen ihre Stimme abgeben. Trotz vielfacher Forderungen nach politischer Mitgestaltung war das Interesse an den beiden Wahlgängen dünn. Das enttäuschende Ergebnis der Wahlen zu den Ausländerbeiräten ist für die CDU-Fraktion ernüchternd.

„Besonders enttäuschend ist“, so der migrationspolitische Sprecher der NRW-Fraktion CDU, Willi Zylajew, „dass in vielen kleinen Städten und Gemeinden überhaupt keine Wahlen stattgefunden haben, weil keine Wahlvorschläge eingegangen sind.“ Auch schienen eine Vielzahl von organisatorischen Hürden ein zusätzliches Hindernis gewesen zu sein. Unterschiedliche Wahllokale bei Kommunal- und Ausländerbeiratswahlen, die fehlende Möglichkeit der Briefwahl sowie der hohe Rücklauf unzustellbarer Wahlunterlagen könnten weitere Ursachen für die enttäuschende Resonanz gewesen sein. Dringenden Nachholbedarf sieht der CDU-Politiker gerade auch auf dem Sektor der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Wahlen.

Zylajew: „Da ist eine Mobilisierung der ausländischen Mitbürger nur unzureichend gelungen. An dieser Stelle scheint die Vernetzung aller am Prozess beteiligten Gremien auf Landesebene dringend geboten.“

Kuhmichel: Clement missachtet Qualitätspakt

Mit Empörung hat die CDU-Landtagsfraktion NRW auf die Ergänzungsvorlage der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2000 im Bereich „Hochschule“ reagiert. „Die NRW-CDU lehnt die Vorlage ab, da sie im klaren Widerspruch zu dem sogenannten „Qualitätspakt“ steht, den Clement und Behler mit den Hochschulen abgeschlossen haben. Die Vorlage bedeutet eine neue Stellensperre für die Hochschulen in NRW. Im Rahmen dieses Qualitätspakts, der am 4. Juni 1999 von Clement und den Rektoren der Hochschulen unterzeichnet wurde, hat das Land den Hochschulen für die Personalausgaben Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre zugesichert und sie von jeglichen Stellenbesetzungssperren ausgenommen. Im Gegenzug wurden die Hochschulen von Clement und Behler genötigt, 2.000 Stellen in den nächsten Jahren abzubauen. Die jetzigen Pläne sehen vor, dass Planstellen und Stellen, die am 1. Januar 2000 frei sind und die im Laufe des Haushaltsjahres frei werden mit anderen als unbefristet beschäftigten Landesbediensteten erst nach 24 Monaten besetzt werden dürfen. Zudem sollen Prüfungen von einer Personalagentur durchgeführt werden“, erklärte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kuhmichel.

Der CDU-Politiker weiter: „Die Haltbarkeit von Zusagen von Ministerpräsident Clement wird immer kürzer. Das ohnehin schlechte Vertrauensverhältnis zwischen rot-grüner Landesregierung und den Hochschulen wird zusätzlich belastet. Die NRW-CDU steht auf der Seite der Hochschulen und wird diese Regelung nach der Regierungsübernahme im Mai nächsten Jahres rückgängig machen.“

DIE GRÜNEN-Fraktion

Merry Christmas and a happy new year

Wir leben in turbulenten politischen Zeiten. Erst wenn der Pulverrauch der Polemik verzogen sein wird, kann die Erkenntnis Platz greifen, dass im Jahr 1999 die Weichen in Richtung Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gestellt worden sind. So wird das zu Ende gehende Jahr in Erinnerung bleiben. Aus Sicht der GRÜNEN ist durch den Einstieg in den Atomausstieg, die ökologische Steuerreform, das neue Staatsbürgerschaftsrecht und den Kampf gegen die Staatsverschuldung als Beitrag zur Generationengerechtigkeit die politische Lethargie in der Bundespolitik endlich überwunden.

Auch landespolitisch hat sich die rot-grüne Koalition nach den bekannten Problemen zu Beginn der Legislaturperiode konsolidiert. Bestes Beispiel dafür ist der Landeshaushalt für das Jahr 2000. Innerhalb einer Rekordzeit von nur zwei Wochen ist es den Koalitionspartnern gelungen, sich unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen auf einen zukunftsfähigen Haushalt zu einigen. Dieser trägt eine deutlich grüne Handschrift. Im Bereich der Schulpolitik ist es gelungen, über den Nachtragshaushalt für 1999 und den Haushalt 2000 zweitausend neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen. Außerdem ist eine Initiative zur Ausstattung der Schulen mit neuen Medien incl. eines entsprechenden Schulungsprogramms für Lehrerinnen und Lehrer beschlossen. Wir verbessern die Ganztagsangebote an Schulen und leisten damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem werden weiterhin Maßnahmen im Bereich Frauenpolitik, Sozialpolitik und der Flüchtlingspolitik fortgesetzt und ausgebaut. Ebenfalls erfreulich ist die Erhöhung der Mittel für den Datenschutz, den Radverkehr und im Bereich der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen.

Wir richten den Blick voller Zuversicht und Tatendrang auf das (Wahl-)Jahr 2000 und werden weiterhin mit großer Beharrlichkeit für eine soziale und ökologische Politik in NRW streiten.

Die grüne Landtagsfraktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2000.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Personalien

Hans-Dieter Moritz (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 13. Januar seinen 60. Geburtstag. Der Politiker aus Neunkirchen ist gelernter Bauschlosser. Nach der Facharbeiterprüfung 1957 besuchte er verschiedene Weiterbildungsseminare, war Heimleiter bei der IG Bergbau und Energie und hatte von 1965 bis 1985 das Amt des Geschäftsführers der SPD in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe inne. Hans-Dieter Moritz ist seit 1961 Mitglied der SPD. Seit 1963 gehört er dem Unterbezirksvorstand an. Bis 1979 war er SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Gemeinde Neunkirchen und bis 1984 erster stellvertretender Bürgermeister. Seit 1981 ist er Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Kreises Siegen-Wittgenstein. Der Jubilar gehört dem Landtag seit 1985 an und ist Mitglied im Verkehrsausschuss. Moritz ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Bernd Flessenkemper (SPD), Landtagsabgeordneter, vollendet am 17. Januar sein 50. Lebensjahr. Der Diplombetriebswirt aus Düsseldorf erreichte die Fachhochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg, absolvierte eine Lehre als Großhandelskaufmann und war bis 1971 kaufmännischer Angestellter. Von 1973 bis 1976 studierte er Betriebswirtschaft und war von 1977 bis 1984 Assistent der Geschäftsführung und von 1985 bis 1990 Geschäftsführer einer Direkt-Marketing-Agentur. Der SPD gehört Bernd Flessenkemper seit 1968 an. Er gehörte von 1985 bis 1990 dem Rat der Stadt an. Seit 1990 ist Flessenkemper Mitglied des Landtags und dort jugend- und familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Der Abgeordnete ist verheiratet und hat ein Kind.

Helmut Diegel (CDU) hatte bei der Debatte über Nebentätigkeiten von Landesbediensteten des Landes NRW am 3. November zwei Kernfragen gestellt. Die erste lautete: Woran liegt es, dass immer mehr Beamte Nebentätigkeiten übernehmen? Sind sie im Dienst etwa nicht ausgelastet? Oder kommen diese Beamten mit ihrem Beamtenehalt einfach nicht mehr aus? Die zweite Frage war in „Landtag intern“ Nr. 19 vom 23. November unberücksichtigt geblieben.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
 8 84 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
 Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
 Sylvia Lohrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
 Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
 Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Hans-Ulrich Klose hat eines der schönsten Büros im Düsseldorfer Landtag, mit herrlichem Ausblick auf den Rhein. Wenn man aus den hohen Fenstern schaut, scheint es fast so, als fließe er direkt unter Kloses Schreibtisch hindurch, so nah ist der Strom. Träge und gleichmäßig wälzt er sich dahin, wie ein Sinnbild der Weisheit des Heraklit, wonach „alles fließt“, alle Dinge einem ständigen Entstehen und Vergehen unterworfen sind.

Als Hans-Ulrich Klose 1966 zum ersten Mal für die CDU in den Landtag gewählt wurde, zählte er mit 31 Jahren zu den jüngsten Parlamentariern. Mittlerweile, nach Johannes Raus Abschied aus der Landespolitik, ist er der dienstälteste Abgeordnete – und der einzige, der in den ersten vier Monaten seiner Parlamentarierlaufbahn noch eine CDU-geführte Landesregierung erlebte. Die restlichen 33 Jahre verbrachte er auf den harten Bänken der Opposition.

„Dreißig Jahre Sozialismus wie in Schweden“ hatte der letzte CDU-Ministerpräsident Franz Meyers dem Land nach der Regierungsübernahme durch die SPD prophezeit und wurde von der Wirklichkeit noch übertroffen. Bei der Wahl im kommenden Mai jedoch scheint ein Wahlsieg der CDU erstmals „keine Illusion mehr, sondern realistisch“, meint Klose zuversichtlich und schaut auf den breiten, braunen Rhein. Alles fließt ...

Die Kommunalpolitik habe ihm geholfen, die lange Zeit der Opposition im Land zu überstehen, sagt er. Viele Jahre gehörte er dem Gemeinderat seiner Wahlheimatstadt Korschenbroich an, von 1994 bis 1999 war er gar deren Bürgermeister, außerdem sitzt er im Kreistag von Grevenbroich – in beiden Gremien hat CDU die Mehrheit und kann so die Politik bestimmen. Wichtig sind ihm als überzeugten Protestanten auch seine Aufgaben im Evangelischen Arbeitskreis der CDU und als Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Doch auch als Landtagsabgeordneter habe es „durchaus Erfolgserlebnisse“ gegeben. Klose erinnert sich an die Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne, die unter seinem Vorsitz schon in den siebziger Jahren Sparpläne ausarbeitete und vom Bund der Steuerzahler ausgezeichnet wurde.

Einen Namen machte sich der Jurist Klose vor allem als Rechtspolitiker und zählt sich dabei zu den Reformern, etwa auf dem Gebiet des Strafvollzugs, wo er sich für eine Stärkung der Resozialisierung einsetzte. Er habe sich dabei wenig von der SPD unterschieden, die solche Reformen in Regierungspolitik umsetzte. Gleichwohl bezeichnete er sich als Konservativen, zumal wenn es um „grundsätzliche Fragen“ gehe.

Längst wird Klose nicht mehr als Parteipolitiker wahrgenommen. Schon seit 1982 hat er das Amt des ersten Vizepräsidenten des Landtags inne und fühlt sich seither zur Zurückhaltung verpflichtet. Den politischen Gegner so richtig hart angreifen – „das geht nicht mehr“, sagt er. „Ich muss ja



Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)

das Vertrauen aller Abgeordneten haben.“ Doch sein distinguiertes Habitus, die Ruhe und Nachdenklichkeit, die er ausstrahlt – sie haben nicht nur mit der Würde des Amtes zu tun, sondern auch mit preußischen Tugenden wie Pflichterfüllung und Selbstdisziplin, die den jungen Klose prägten. Seine Wiege stand in der Mark Brandenburg, was sein breiter berlinerischer Dialekt immer noch verrät.

Klose wohnte in der DDR, konnte aber an der Freien Universität in West-Berlin Jura studieren. Noch vor dem Abitur war er der Ost-CDU beigetreten und pflegte während des Studiums auch Kontakte zur West-CDU. 1956 wurde er wegen der West-Kontakte zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Kein Geringerer als der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller setzte sich für ihn ein.

Nach der vorzeitigen Freilassung übersiedelte er nach Korschenbroich und setzte das Jura-Studium in Köln fort. „Das war schon eine andere Welt“, sagt er – als preußischer Protestant im katholischen Rheinland. Zum Glück habe damals „gerade die Zeit der Ökumene begonnen“, schmunzelt er. Klose fasste rasch Fuß, er promovierte, war einige Jahre als Sozialrichter in Düsseldorf und später als Justiziar für die Apothekerkammer Nordrhein tätig.

Kommenden März wird Klose 65, doch an Ruhestand mag er nicht denken, auch wenn er beklagt, dass heute in der Politik nicht mehr so ernsthaft und leidenschaftlich wie einst diskutiert werde und die „Ellobogengesellschaft“ auch vor dem Landtag nicht Halt mache. Zur Landtagswahl im Mai tritt er noch einmal an. Ob er darauf hofft, Landtagspräsident zu werden, sollte die CDU daraus als stärkste Partei hervorgehen? Darauf möchte er nicht antworten. Draußen fließt immer noch träge und gleichmäßig der Rhein vorbei.

Roland Kirbach

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 22. Dezember 1999 bis 17. Januar 2000

- 22.12. **Josef Wilp** (CDU), 61 J.
- 22.12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 52 J.
- 24.12. **Hans Frey** (SPD), 50 J.
- 25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 56 J.
- 28.12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 58 J.
- 29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 58 J.
- 30.12. **Walter Grevenner** (SPD), 69 J.
- 30.12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 62 J.

- 1.1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 46 J.
- 5.1. **Roland Appel** (GRÜNE), 46 J.
- 8.1. **Hubert Schulte** (CDU), 55 J.
- 9.1. **Willi Zylajew** (CDU), 50 J.
- 10.1. **Josef Hovenjürgen** (CDU), 37 J.
- 13.1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 68 J.
- 13.1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 60 J.
- 13.1. **Anne Garbe** (SPD), 55 J.
- 13.1. **Volkmar Klein** (CDU), 40 J.
- 16.1. **Georg Gregull** (CDU), 68 J.
- 17.1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 50 J.

★

Hans Frey (SPD), Landtagsabgeordneter, vollendet am 24. Dezember sein 50. Lebensjahr. Am Heiligen Abend 1949 in Gelsenkirchen geboren, machte er 1969 Abitur und studierte anschließend an der Ruhr-Universität Bochum. 1976 und 1977 legte er die beiden Staatsprüfungen für das Lehramt an Gymnasien ab und wurde Studienrat. Der SPD gehört Frey seit 1968 an. Von 1973 bis 1975 war er Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten. Seit 1976 ist er Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand und seit 1992 Unterbezirksvorsitzender. Seit 1987 gehört er dem SPD-Landesvorstand an. Von 1975 bis 1980 war er auch Mitglied im Rat der Stadt Gelsenkirchen. Dem Landtag gehört Hans Frey seit 1980 an. Von 1985 an leitete er zehn Jahre lang den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Seit 1995 ist er dessen stellvertretender Vorsitzender. Frey ist verheiratet und hat drei Kinder.

★

Willi Zylajew (CDU), Landtagsabgeordneter, feiert am 9. Januar seinen 50. Geburtstag. 1950 in Köln geboren, erlangte er nach der Volksschule im Abendunterricht die Fachhochschulreife und studierte Sozialarbeit an der Fachhochschule Köln. Von 1969 bis 1972 ließ er sich zum Mess- und Regelmechaniker ausbilden. Von 1972 bis 1973 machte er ein Studienjahrespraktikum beim Jugendamt Hürth und bei der Caritas in Köln und wurde danach Sozialarbeiter. Seit Juni 1986 leitete Willi Zylajew die Altknabenheimverwaltung des Caritasverbandes für den Erftkreis. Der CDU gehört er seit 1969 an und ist Vorsitzender der CDA-Mittelrhein. Seit 1975 Mitglied im Rat der Stadt Hürth, ist er seit 1986 erster stellvertretender Bürgermeister. Im Kreistag des Erftkreises hat er seit 1989 den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitz inne. Der Jubilar gehört seit 1995 dem Landtag an und ist Mitglied in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Kinder, Jugend und Familie sowie Migrationsangelegenheiten. Zylajew ist verheiratet und hat fünf Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Letztes Fest vor Jahrtausendwende

Wechsel des Millenniums: 1999 findet das letzte Weihnachtsfest in diesem Jahrtausend statt. Nicht nur die Politik, jedermann sollte darin Anreiz und Verpflichtung sehen, in den Anstrengungen für die Gesellschaft, in den Bemühungen um sozialen und tatsächlichen Frieden nicht nachzulassen. Am Ende des 20. Jahrhunderts lohnt es sich, noch einmal daran zu denken, dass es in diesem Land seit über einem halben Jahrhundert keinen Krieg mehr gegeben hat, in anderen Teilen der Welt aber immer noch und immer wieder Menschen Kriegswirren ausgesetzt sind. Dieses letzte Weihnachtsfest vor dem Jahrtausendwechsel sollte deshalb das frohe Fest sein, das man sich gegenseitig immer wünscht, und ängstliche Fragen, was denn die Zukunft ab dem Jahr 2000 bringen möge, gar nicht erst aufkommen lassen. Ein Zeichen für ein solch frohes Fest ist hierzulande der Weihnachtsbaum, auch im Landtag. Brigitte Müller von der Landtagsverwaltung hat die über fünf Meter hohe Nordmannstanne in der Eingangshalle, dort wo die Treppe zu den Amtsräumen des Landtagspräsidenten hinaufführt (Bild), an einem Wochenende festlich geschmückt. Unübersehbar und schön anzuschauen, wird der Baum auch im Januar eines neuen Säkulums noch an den Herbst des alten Jahrtausends erinnern.

Foto: Schälte